

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis für Berlin frei
zu Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 33 Pf. Postabonnement
4 Mark. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrierten Beilage 10 Pf.
(Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige.
Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinunft. Inserate werden bis 4 Uhr
Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-
Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen.

Es hieß vor Kurzem, daß die preussische Regierung das Reichseisenbahnprojekt wieder auf's Tapet bringen würde; man habe jetzt nach dem Tode des Bayerskönigs Ludwig II., der immer ein scharfer Gegner desselben gewesen, Aussicht, das Projekt realisieren zu können.

Diese Gerüchte waren von nationalliberalen Zeitungen kolportiert worden. Nun aber kommt der Offiziosus des preussischen Finanzministers und schreibt:

Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß das Reichseisenbahnprojekt bis jetzt unter den Regierungen noch niemals zur Verhandlung gelangt ist. Preußen ist demselben früher günstig gewesen; inzwischen aber hat die preussische Regierung eine andere Stellung eingenommen, und zwar ist sie dazu durch unsere parlamentarischen Verhältnisse

gezwungen worden. Jede Verstaatlichung der Eisenbahnen muß notwendig den Einfluß der Volkvertretung vernichten. In Preußen hat dies kein Bedenken; der preussische Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung bietet eine ausreichende Garantie dafür, daß die Interessen in seinen Händen gesichert sind, und daher ist gegen den Zuwachs an Macht, den die Verstaatlichung der Eisenbahnen ihm gewährt hat, kein Bedenken geltend zu machen. Ganz anders aber steht es im Reich. Die Thatsache, daß der Reichstag die polnische Propaganda gegen das Deutschtum in Schwung genommen hat (!!!), reicht unseres Erachtens aus, um die Unmöglichkeit des Reichseisenbahnprojekts für jedermann klar zu stellen. Einer Volkvertretung, die derartige Politik treibt, darf nicht der geringste Zuwachs an Macht zugesagt werden, denn ein jeder solcher Zuwachs würde eine neue Gefahr für das Reich involvieren.“

So unser Offiziosus. Wir haben bis jetzt immer geglaubt, die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen würde die Reichsgewalt als solche, und wir haben dem Projekt gegenüber nur deshalb eine fähle Haltung eingenommen, weil wir befürchteten, daß mit der Stärkung der Reichsgewalt zugleich auch eine von uns durchaus nicht ersehnte Stärkung der Regierungsgewalt im Reich eintreten werde. Sonst begrüssen wir Alles mit Freuden, was geeignet ist, die Reichsgewalt auf Kosten der Partikularmächte zu stärken.

Gätten wir übrigens gewünscht, daß durch die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen nicht die Regierungsgewalt, sondern die Macht des Reichstages erhöht würde, so würden wir dem Projekt gewiß immer zugestimmt haben. Aber das grade Gegenteil ist wahr!

Die Reichsregierung erhält, ähnlich wie bei dem Reichspostbetrieb, neue Einnahmen und Ueberschüsse, welche der

Reichstag nicht hinwegdisputieren kann. Sind aber einmal genügende Einnahmen vorhanden, dann werden auch die Ausgaben, welche innerhalb des Rahmens dieser Einnahmen liegen, viel leichter vom Reichstage bewilligt, als wenn die Ausgaben erst durch Anleihen gedeckt werden müssen. Das liegt auf der Hand.

Und eben so nahe liegt es, daß im Falle eines Konflikts der Regierung mit dem Reichstage die einmal festgesetzten Einnahmen und Ueberschüsse weiter in den Reichssäckel auch ohne besondere Bewilligung des Reichstages fließen, so daß die Regierung immer den Vorteil hat, im Besitze der nötigen Mittel zu sein, um die Ausgaben auch eventuell gegen den Willen des Reichstages decken zu können. Dieser Gedanke lag auch bei den Versuchen zu Grunde, das Tabakmonopol und das Branntweinmonopol zu erlangen.

Zahlreiche Reichsangehörige, die im Prinzip gar keine Monopolgegner sind, haben sich aber gegen jene Monopole erklärt, wie sie jetzt gegen die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen Stellung nehmen, weil sie die Macht der Regierung nicht stärken wollen, die Macht einer Regierung, welche die vereinnahmten Steuern nicht in der für das Volk wünschenswerthen Weise verwendet — nach der Uebersetzung dieser Reichsangehörigen, die auch die unsere ist.

Deshalb glauben wir, daß der Offiziosus des Herrn Finanzministers v. Schöll das Reichseisenbahnprojekt so weit von sich weist, nicht weil die Krauben sauer sind, sondern weil sie zu hoch hängen.

Den armen Reichstag hat die Reichsregierung niemals gefürchtet; die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen würde sein Budgetrecht nur noch mehr schwächen und das ist auch in der That der Grund, weshalb sich die Opposition, auch die unitarisch gesinnte, dem Projekt gegenüber so fühl verhält.

Weshalb aber schreibt der „Offiziosus“ Derartiges? Sollte er am Ende den Reichstag noch für dümmer — pardon — für weniger klug halten, als er ist? Sollte er denken, daß der Reichstag auf die vorgehaltene Leimrinne wirklich gehen würde, so daß die Opposition einen Initiativ-Antrag auf Feststellung des Reichseisenbahnprojektes einbrächte? Die Resolution würde dann lauten: den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesehentwurf auf „Verreichlichung“ der Eisenbahnen vorzulegen. Motive: Die Machtbefugniß des Reichstages muß erhöht werden!

Das wäre allerdings eine Sententialität, die über alle Pappelläume ginge! Selbst im Deutschen Reich schier beispiellos — außer natürlich bei den Nationalliberalen, bei denen gar nichts unerhört ist.

Schmunzelnd würde der Reichskanzler eine solche Re-

olution entgegennehmen auf die Gefahr hin, dem braven Reichstage eine weitere „Machtbefugniß“ zu verleihen, ja auf die Gefahr hin, eine „neue Gefahr“ für das Reich herauszubeschwören. —

Uebrigens sieht man, was für faule Eier die Sauregurkenzeit in den Köpfen unserer Offiziosen ausbrütet.

Politische Uebersicht.

Das Verbot des „Offenbacher Tageblatt“ meldeten wir bereits gestern. Das Blatt benachrichtigte hiervon seine Leser durch folgendes Extrablatt: „An die Leser des „Offenbacher Tageblatt“. Offenbach a. M., den 27. Juli, Abends 6 Uhr. Wir theilen unseren Lesern hierdurch mit, daß das „Offenbacher Tageblatt“ soeben auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde. Wegen des Verbots ist Beschwerde eingereicht. Max Zahn, Redakteur.“ Früh Morgens waren in der Expedition die Nummern vom letzten Sonntag beschlagnahmt worden, wegen eines Artikels, datirt Berlin, 24. Juli. Da die Beschlagnahme auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgte, der fragliche Artikel aber nach der Behauptung der Redaktion durchaus nichts Derartiges enthält, so wurde hiergegen Beschwerde erhoben. — Am 26. fanden in Offenbach mehrere Haus suchungen nach verbotenen Schriften statt und sind auch zwei Verhaftungen vorgenommen worden. — Die Hindernisse auf eine zu erwartende schärfere Handhabung des Sozialistengesetzes in Hessen haben sich somit rasch erfüllt.

Eine Petition an den Reichstag, dem § 152 der Gewerbeordnung eine bestimmtere Fassung dahin zu geben, daß dem Arbeiterhande das Recht der Vereinigung über ganz Deutschland im Sinne des genannten Paragraphen zustehen, wird von Dresden aus kolportirt und hat dieselbe schon zahlreiche Unterschriften gefunden. Nachdem die Versammlung, in welcher der Abg. Hasenclever für die Petition eintret, politisch aufgelöst worden war, beschloß das Komitee, eine weitere Versammlung einzuberufen, die auch vorigen Sonnabend zu Stande kam und in welcher der Abg. Kayler über die Petition referirte. Die Petition hat, wie oben schon gesagt, den § 152 der Gewerbeordnung zur Grundlage, nach welchem alle Strafbestimmungen, die sich auf Vereinigungen zum Zweck der Erlangung günstigerer Lohnbedingungen beziehen, aufgehoben sein sollen. — Bei Besprechung der Petition macht der Dresdener Korrespondent des nationalliberalen „Leipziger Tagebl.“ einen prächtigen Witz. Er zittet auch den § 152, legt dann den Finger an die Nase — er befindet sich augenblicklich in einer Sadgasse — und plagt dann los: „Bon Vereinen sagt aber der Paragraph nichts.“ — So! Selbst der Korrespondent eines nationalliberalen und eminent arbeiterfeindlichen Blattes, wie das „Leipz. Tagebl.“ es ist, kann sich der Uebersetzung nicht entscheiden, daß der vielberufene § 152 alle Verbote und Strafbestimmungen, welche jetzt fortwährend auf Grund veralteter Vereinsordnungen und sonstiger Polizeigesetze gegen Fachvereine und andere gewerbliche Vereinigungen erlassen werden, in der That aufhebe — er hat nur eine Ausflucht: Der § 152 spricht aber nur von Vereinigungen,

tritt, Scheel ansehen zu müssen glauben. Es liegt ja in Ihrer Macht, diesem Gängen und Bangen ein Ende zu machen!“

Hugo schlug verwirrt den Blick nieder, sein Arm umschlang das erglühende Mädchen fester.

„Ich baue auf die Liebe meiner süßen Braut wie auf einen Felsen,“ sagte er, „und wenn ich dennoch der Eifersucht nicht ganz gebieten kann, so ist das zu natürlich, als daß es befremden dürfte. Baron v. Bergau nannten Sie den Herrn? Er ist uns wirrt, wir sind beauftragt, ihm eine sehr bedeutende Summe auszufahlen.“

„Wer?“ fragte der Souffleur, dessen Antlitz sich mehr und mehr röthete. Wer ist dieser Herr?“

„Unser Haus, Wilhelm Ladeberg und Kompagnie.“

„Ach so, und Sie als Kassirer des Hauses müssen ihm das Geld zahlen?“

„Wenn er nicht vorzieht, es in unseren Händen zu lassen.“

Gretchen, die in Nachdenken versunken war, strich mit der Hand über die Stirne, als ob sie ihre Gedanken sammeln wollte.

„Ich möchte Dich fragen, Dinkel, in welchem Verhältnis stand dieser Herr früher zu Dir und meinem Vater?“ fragte sie und voll Erwartung ruhte dabei ihr Blick auf dem alten Manne. Der Klang seiner Stimme weckte in mir eine fürchterliche Erinnerung.“

„Der Klang seiner Stimme?“ wiederholte Schimmel. „Ich glaube kaum, daß Du diese Stimme jemals früher gehört hast. Doch ja, er war ja einmal im Hause Deines Vaters, um ihn an seine Bruderpflichten zu mahnen, und es kann sein, daß Du bei dieser Gelegenheit —“

„Nicht bei dieser, sondern bei einer andern Gelegenheit!“ unterbrach das Mädchen ihn. „Nicht erinnert diese Stimme an jene fürchterliche Nacht, in der mein Vater ermordet wurde. Ich war damals freilich noch ein Kind, aber Eindrücke, die sich der Kindesseele einprägen, dauern bis ins späte Alter hinein. Du weißt, mein Väterchen stand im Schlafzimmer des Vaters, und neben diesem Zimmer lag unsere Wohnstube. In jener Nacht wurde ich plöglch wach, ich hörte Geräusch, es war, als ob der Koffer unter

Feuilleton.

Spuren im Sande.

Roman von Ewald August König.

Der alte Mann hatte hastig getrunken, er schien nicht zu bemerken, daß Werner noch beim ersten Glase war, mit zitternder Hand griff er nach der zweiten Flasche, um sie zu mitorkeln.

Gretchen legte ihre Hand auf seinen Arm, als ob sie abermals ihn warnen wollte, er schüttelte jedoch ablehnend das Haupt und bemächtigte sich mit einem raschen Griff der Flasche.

Werner glaubte das Gespräch jetzt abbrechen zu müssen, er las einen ernsten Vorwurf in den Augen des Mädchens, sie schien ihm zu zürnen, daß er den Wein hatte holen lassen.

„Wir waren schon damals Freunde,“ wandte er sich zu dem Souffleur, „ich hoffe, wir werden es auch bleiben.“

„Gewiß,“ nickte Schimmel. „Nun wohl, dann wollen wir in den nächsten Tagen überlegen, wie Ihnen geholfen werden kann. Sie sollen nicht länger da unten in dem dumpfen Raften sitzen.“

„Holla, und wovon soll ich leben?“

„Würden Sie Bedenken tragen, die Hilfe des Freundes anzunehmen?“

„Almosen?“ fuhr der alte Mann auf. „Nimmermehr!“

Er hatte den Arm wie zum Schwure erhoben und die Blau der Entrüstung blickte aus seinen Augen.

„Wie können Sie das Almosen nennen?“ sagte Werner in begütigendem Tone, während er das Mädchen durch einen Blick aufforderte, ihm beizustehen. „Wenn ein Freund den aufrichtigen Wunsch hegt, eine schwere, drückende Last von Ihren Schultern zu nehmen, weshalb wollen Sie Bedenken tragen, ihm entgegen zu kommen?“

[10]

bergestellt. Im ganzen sind bei den Unruhen am Montag
Abend 25 Personen getödtet und gegen 90, darunter 40
Polizeibeamte, verwundet worden. Während selbst das offizielle
Telegraphenbureau in seinem Bericht über die Unruhen nur
mittheilt, daß es sich um einen Zusammenstoß zwischen dem
Böbel und der Polizei, nicht etwa um einen solchen zwischen
Sozialisten oder Anarchisten und der Polizei handelt, wird in
einer Brüsseler Meldung der „Kreuztz.“ behauptet, daß der
anarchistische Charakter der Unruhen außer Zweifel stehe. Nach
denselben Blatte würden mehrere Abgeordnete in der Kammer
ein scharfes Sozialistengesetz beantragen. — Dagegen schreibt
„Der Cour.“, der sonst in Uebertreibungen gegen Sozia-
listen und Anarchisten das denkbar Großartigste leistet: „Der
Amsterdamer Krawall hat sich glücklich Weise als ein gän-
zlich unpolitisches Ereignis aufgelöst. Daß der Kraw-
all so zahlreiche Opfer gefordert hat, ist tief bedauerlich, und
die Schuld daran, daß diese Opfer fielen, ist nur bei der Un-
berechenbarkeit und Unzurechnungsfähigkeit einer aufgeregten
Menge zu suchen, welche in Eifer kommt, ohne abzuschauen, ob
der Gegenstand der Eiferung nur irgendwie in einem ver-
antwortlichen Verhältnis stehe zu dem Einsatz. Ein Jahrmärts-
lärm ist vorgefallen; die Menge geriet in Hohn über eine
vollständige Maßregel, welche übrigens durchaus gerechtfertigt
war, sie kam mit der Polizei und dann mit dem Militär in
Konflikt. Von einer vorbereiteten Rebellion, von irgend einem
plötzlichen Vorgehen kann bei der ganzen Sache überhaupt
nicht die Rede sein. Der Korrespondent der „Kreuztz.“,
welcher seinem Blatte telegraphirt, daß der anarchische
Charakter der Unruhen in Amsterdam außer Zweifel sei, muß
wohl viel tolle Reden vor Augen gehabt haben und gegen diese
Behauptungen frei empfunden hat. Seiner Korrespondenz schließt
auf eine Vorbereitung von langer Hand darauf, daß das
sozialistische Parteilager „Recht für Alle“ schon vor einigen
Tagen auf den Fuß vorbereitet habe, indem es ankündigte,
die Sozialisten würden „durch Feuer und Flamme ihr Ziel
verfolgen“. Früher kann man sogleich in seinen Anschul-
dungen laum sein.“

Franzreich.

Paul Bert, der als radikaler Politiker in Frankreich
nicht ohne Grund gegen alle Uebelthäter aufzutraten konnte,
hat als Generalresident von Annam und Longkin den König
von Annam veranlaßt, einen Orden „des Drachens von Annam“
zu stiften. Der Drachenden soll dieselben Stufen erhalten,
wie die Ehrenlegion: Ritter, Offizier, Kommandeur etc. Die
Ordensmedaille wird von Militärpersonen an weißem Bande
mit Orangensaum und von bürgerlichen an grünem mit Orangen-
saum getragen. Eine erste Liste der zu Dekorierenden ist bereits
aufgestellt; wer also mit einem Drachen beglückt werden will,
muss sich bei Zeiten melden.

Großbritannien.

Das Werk der konservativen Kabinetsbil-
dung ist schwieriger und leichter an Berlegenheiten, als die
konservativen Organe im ersten Wahlsieggestrausche sich vorge-
stellt hatten. Allerdings bietet der Pakt mit Lord Hartington
wenigste Garantien, aber, wenn von den Whigs jetzt schon
Verhalte in Betreff der irischen nicht allein, sondern auch
der ausländischen Politik gemacht werden, muss sich nicht Sallis-
burg von Seiten der radikalen Gruppe Chamberlain's
auf größere Berlegenheiten, vielleicht Enttäuschungen gefasst
machen? Bis jetzt hat Chamberlain sein Lebenszeichen von sich
gegeben, aber wie lange, fragt man sich, wird der feurige, eph-
emer tabulale Chamberlain sich die Führung des bedächtigen,
antihistorischen Hartington gefallen lassen?

Nunmehr ist der dritte Bericht der zur Untersuchung der
Ursachen der Handelsstörung niedergesetzten könig-
lichen Kommission veröffentlicht worden. Außer den Er-
gebnissen über die Lage der landwirtschaftlichen, der Schiff-
fahrts- und Bergbauindustrie hat die Kommission ihre Auf-
merksamkeit auch der Frage der Goldwährung, soweit diese
die Veränderungen in dem Werth der Edelmetalle berührt, zu-
gewandt.

Frau Crawford, die aus dem großen Crawford-Dilek-
schen Erbschaftsprozesse keineswegs im laubereichen Zustande
hervorgegangen ist, macht die nämliche Erfahrung wie sämt-
liche Geldbinnen Schmutziger oder verbrecherischer Sclandalpro-
zesse der „besseren“ Welt in England oder Amerika. Sie
hat nicht weniger als zwölf Heirathsanträge erhalten.
Sir Charles Dille soll entschlossen sein, England für einige
Jahre zu verlassen.

Italien.

In Cremona, woselbst anlässlich der Unruhen nach der Wie-
derwahl Cipriani's von einem auf die Menge eintretenden
Polizisten getödtet worden ist, kommt es nach der Wiener „N. Fr. Pr.“ täglich zu
Demonstrationen gegen den Präsidenten, die Polizei und
die Regierungsorgane. Am 26. d. M. nahm die Rundgebung
solcher Dimensionen an, daß die Stadtwahe sich genöthigt sah,
sämmliche Polizeisoldaten zu internieren, um sie vor der Volk-
wuth zu schützen. Der Präsident sah sich genöthigt, vor der es-

bitterten Menge zu flüchten. Militär wurde requirirt, aber
trotzdem gingen die Demonstrationen nicht aus einander. Der
Kapitän der Carabinieri weigerte sich, den Befehl, von den
Waffen Gebrauch zu machen, auszuführen. Darauf ging die
Menge unter Hochrufen auf die Krone freiwillig auseinander.
Die Abberufung des Präsidenten ist bevorstehend. Aus den an-
gekommenen Bürgern bildete sich ein Sicherheitskomitee, welches
die Aufrechterhaltung der Ordnung verbürgte, sobald die Be-
völkerung nicht weiter herausgefordert werde.

Spanien.

Die spanische Deputirtenkammer beschloß am Dienstag die
vollständige Infanteriesetzung der 28000 Reger
der Insel Cuba, welche noch in einem Abhängigkeitsver-
hältnis zu ihren früheren Herren stehen. Die Reger brauchten
nach dem Inhalt der Vorlage bloß den Beweis zu liefern,
daß sie die Verpflichtung eingegangen seien, durch vier Jahre
zu arbeiten, und erhalten dann die bürgerlichen und politischen
Rechte, wie die Freien.

Rußland.

Man schreibt der „Vol. Kor.“ aus St. Petersburg
24. Juli: Die antisemitische Eizündung in Ruß-
land hat in den letzten Jahren nichts von ihrer Kraft ver-
loren, sondern nimmt eher noch zu. Zwar ist es seit 1882 zu
keinem größeren Exzesse gegen die Juden gekommen, denn die
Behörden sind sehr wachsam und wissen einen solchen stets zu
verhindern; die Erbitterung der Bevölkerung gegen die Juden
ist aber deshalb nicht geringer geworden und nach wie vor
werden dieselben als die Urheber der wirtschaftlich unglückseligen
Lage, in der sich namentlich der russische Bauernstand befindet,
angesehen. Auch in Regierungskreisen ist die Stimmung gegen-
über den Juden nicht weniger als eine gänztige, wie aus
mehreren in der längsten Zeit getroffenen Maßregeln derselben
hervorgeht. So ist kürzlich eine Verordnung erlassen
worden, welche verschärfte Vorschriften über die Militärstellung
der Juden enthält, von denen behauptet wird, daß sie sich zum
größten Theile der Wehrpflicht zu entziehen wissen. Auch eine
kürzlich erlassene Verordnung des Justizministeriums, der zu-
folge alle jüdischen Schreiber und Schriftführer in den Ranzleien
der Untersuchungsgerichte entlassen werden sollen, ist in dieser
Richtung bemerkenswerth.

Balkanländer.

Die Wiener „N. Fr. Pr.“ läßt sich aus Konstanti-
nopol, 24. Juli, berichten: Es wird hier geräthet, als
ob wir uns am Vorabend gewaltiger kriegerischer Ereignisse
befänden würden. Krupp ist mit Bestellungen aus Konstanti-
nopol überhäuft, eine Anzahl Räder neuartiger Konstruktio-
nen wird erwartet, Bisertransporte treffen bereits seit längerer
Zeit wöchentlich hier ein, und der Kriegsminister drängt täglich
energischer in die Wsichte, ihm die Mittel zur Anschaffung von
400000 amerikanischen Gewehren zu bewilligen. Diese Küstun-
gen sind um so bezeichnender als die Geldverlegenheiten der
Pforte seit Jahren nicht so drückend waren, als gerade jetzt.
Die öffentlichen Kassen sind bis auf den letzten Reichthum ge-
leert; alle Behörden schreien nach Geld, aber sie scheuen ver-
gebens, denn die hohe Pforte befindet sich vollständig auf dem
Trodenen. Aus diesem Grunde wurde auch vorgekehren ein
außerordentlicher Ministerrath abgehalten. Was dieser be-
schlossen und ob er überhaupt etwas beschließen konnte, ent-
scheibt sich vorläufig noch der Öffentlichkeit. Man wird aber
jedensfalls annehmen dürfen, daß die Aufgabe, der größten
Finanznoth abzuhelfen und gleichzeitig Mittel zur Fortsetzung
der Kämpfe zu beschaffen, aus von den vor seinem finan-
ziellen Ruin stehenden Ministern als unlösbar
erklärt worden ist.

Wien.

Die Hoffnungen jener Industrien, die bei dem chinesi-
schen Eisenbahnbau theilhaftig sind, wie jene weiter-
gehenden Hoffnungen, welche den Nutzen der Eisenbahnen im
Güterauslaufe mit dem himmlischen Reiche schon in Rechnung
zogen, scheinen wiederum zunichte geworden zu sein. Mit
außerordentlicher Hartnäckigkeit sucht China die Einflüsse
Europas von sich fernzuhalten, und mit welchen Mitteln dies
von jeher, besonders aber um den Bau von Eisenbahnen zu
verhindern, geschah, theilt J. N. Jordan in einem interessanten
Artikel der Zeitschrift Nineteenth Century über „Modern China“
mit: Der Boden des himmlischen Reiches ist schon einmal
vom „Feuertwagen“ durchweilt worden. Vor etwa zehn Jahren
hatte eine englische Firma einen schmalen Streifen Land zwischen
Shanghai und Woosung erworben, unter dem Vorgeben,
zwischen den beiden genannten Städten eine gewöhnliche Fahr-
straße herzustellen zu wollen. Die lokalen Autoritäten drückten
ein Wuge zu und so wurden, ehe die Regierung in Peking Zeit
zur Intervention hatte, statt einer Chaussee Schienen angelegt.
Zum Schrecken und Staunen der Bewohner des him-
mlischen Reiches eilte der „Feuertwagen“ durch die Felder; die
Regierung war empört darüber, daß man sie hintertargen
hatte; da kam ihr ein gänztiges Ereignis zu Hilfe. Ein
Chineser wurde überfahren und fand so den Tod. Die Chinesen
behaupten, daß dieser Mann für den Selbstmord direkt ge-
dungen worden sei; Menschenleben sind in der That in China

stärken werde, und sie hatte im Laufe der Jahre einen so
starken Einfluß auf die Kaiserin Eugenie's gewonnen, daß der
junge Mann wohl berechtigt war, sehr ernste Beforgnisse zu
hegen.

Aber wie es auch kommen mochte, von der Geliebten
wollte Hugo nicht lassen, er war entschlossen, den Kampf
aufzunehmen und durchzuführen, und mit Zuversicht hoffte
er, daß es ihm gelingen werde, alle Hindernisse zu über-
winden.

Er bewohnte mit seiner Mutter die zweite Etage des
selben Hauses, in dem der Rentner Gottschalk wohnte, und
als er die spärlich beleuchtete Treppe hinauffrag, begegnete
ihm die Lante, die einen Ausgung machen wollte, um
einige Bedürfnisse einzukaufen.

„Du kommst ja heute so früh heim,“ sagte sie in spitzem
Tone, und über ihr hartes Gesicht glitt dabei ein spöttischer
Zug, „wir sind das nicht mehr gewohnt.“

„Ich möchte nicht, was Du darin Befremdendes
finden könntest,“ erwiderte er, ärgerlich über den unfreund-
lichen Empfang, „ich hatte heute Abend keine Lust, den Klub
zu besuchen.“

„Den Klub? Solltest Du dort stets die Abende zu-
gebracht haben? Ich glaube, wir wissen es besser. Deine
Mutter und ich; es ist nichts so fein gesponnen, daß es nicht
an die Sonne käme.“

Lante Rest war mit diesen Worten an ihm vorbeige-
geschritten, und einigermaßen beruhigt trat Hugo gleich
darauf in die Wohnstube.

Was konnte seine Mutter wissen? Er hatte bisher sein
Geheimniß mit keiner Silbe verrathen, und doch ging aus
den Andeutungen der Lante hervor, daß sie, wenn auch nur
theilweise, davon unterrichtet war.

Da war es besser, er wartete nicht lange, bis die
Mutter eine darauf bezügliche Frage an ihn richtete, offen
und ohne Rückhalt berichtete er ihr seine Verlobung.

kauflich, und die Aussicht, daß der ganzen Familie Geld und
Ehren zu Theil werden sollten, hätte wohl den einen oder den
anderen armen Schüler zu einer ähnlichen That veranlassen
können; Andere glauben nur an einen unglücklichen Zufall.
Jedenfalls mußte die chinesische Regierung den Vorgesang aus-
spernen. Der englische Ingenieur wurde wegen Mordes an-
geklagt, und auch die Gesellschaft wurde verantwortlich gemacht;
die Schwierigkeiten, die sich dem Betriebe entgegenstellten,
wuchsen schließlich so, daß die Gesellschaft gegen eine bedeutende
Entschädigung sich bereit erklärte, die Linie der chinesischen
Regierung zu übergeben. Raum war der Besitzwechsel einge-
treten, so wurde der Betrieb eingestellt, die Schienen aus-
gerissen und das rollende Material hinüber auf die Insel
Formosa gebracht, wo es jetzt zu Grunde geht. Das ist die
Geschichte des ersten Eisenbahnbaues in China. Vor einiger
Zeit hat der „Temp.“ nun die Nachricht gebracht, daß unter-
nehmende Amerikaner in den Gärten des kaiserlichen Palaßes
zu Peking gleichfalls eine Eisenbahn gebaut haben; es war
aber nur eine Miniatur-Eisenbahn. Durch geschickte Unter-
handlungen war es den Amerikanern gelungen, den Hof für
den Dampfbetrieb zu interessieren, und sie erhielten so schließlich
die Erlaubnis, das Wunder in den kaiserlichen Gärten zu
zeigen. Man baute eine Eisenbahn in den wichtigsten Ver-
hältnissen, und Hofdamen und Kammerherren sollen sich auch
thatächlich an dem Feuerwagen beteiligen und ihn zum Erlaufen
der höheren Hofchargen selbst denkt haben. Allein der er-
hoffte Erfolg blieb doch aus. Nach einiger Zeit kam der Befehl,
die Eisenbahn wieder zu entfernen, und es scheint also auch
den Amerikanern nicht gelungen zu sein, dadurch Propaganda
für den Eisenbahnbau zu machen, daß man zunächst den Hof
zu gewinnen suchte. — So liegen die Verhältnisse im Augen-
blicke, und bei dem konservativen Charakter des chinesischen
Volkes ist schwer abzusehen, wann eine Wandlung eintreten
wird.

31 Birma wurden die Engländer noch immer hart be-
drängt. Rinyan soll von den „Rebellen“ belagert werden
und 7000 „Freiweiber“ bedrohen Yananyoung.

Gerichts-Zeitung.

Dierzehn Freisprechungen erfolgten gestern in 22 Straf-
sachen, welche vor der 94. Abtheilung des kaiserlichen Schöff-
engerichts verhandelt wurden. Dies ist in der That ein Resultat,
welches zu Bedenken Veranlassung giebt und dahin führen
sollte, mit der Erhaltung von Angelegenheiten mit größerer
Vorsicht zu Werke zu gehen. Von den mit Freisprechung erzielten
Prozessen wollen wir aber zwei besonders kurz berichten.
1. Der Buchdruckermeister Adolph Sohn war beschuldigt, den
bei ihm in der Zeit vom 8. April bis 16. Mai c. beschäftigten
Schriftfeger Bendi zur Diskretionskasse nicht angemeldet zu
haben. Der Angeklagte legte zum Nachweise der prompt er-
folgten An- und Abmeldung das Quittungsbuch des Bendi
vor. Der als Zeuge geladene Kassenrentant Jägl erkannte die
Richtigkeit desselben an und entschuldigte sich damit, daß der
Kassenvorstand, der ihn zur Anzeigerhaltung aufgefordert hatte,
das Versehen zur Last fallte. Das Gericht hätte mit dieser Sache
ebenfalls wenig beiläufig werden sollen, wie der Angeklagte, welcher
in Folge dieses Versehens doch mehrere Stunden seiner kostbaren Zeit
verstreuen mußte. 2) Der Rutscher B., welcher zu einem Neu-
bau in der Lindeburgerstraße Pollen gefahren hatte, war beim
Umkehren bis zum Nachbarhause auf dem Trottoir entlang ge-
fahren und deshalb wegen Verstoßes gegen das Straßenpolizei-
Reglement unter Anklage gestellt worden. Im Termin wurde
aber sowohl durch den Be- als durch einen Entlastungszeugen
bekundet, daß sich zwischen Neubau und Straßendamm eine
Böschung befand, die der Wagen des Angeklagten nur mit
großer Gefahr für Pferde und Wagen hätte passieren können.
Der Gerichtshof begründete die erkannte Freisprechung damit,
daß für den Angeklagten ein Nothstand vorhanden war, der
seinen Verstoß gegen die Vorschriften der Straßenpolizei straf-
los mache. Höchstens könnte es sich um eine Entschädigung des
Nachbarn im Wege des Zivilprozesses handeln, wenn Vor-
setzungen zum Hinunterfahren auf den Straßendamm möglich
gewesen seien.

„Sie sind Buchbinder und Gundebräuer?“ fragte
der Vorsitzende des Schöffengerichts den Angeklagten, welcher
sich wegen Betrugs zu verantworten hatte. — Angel.: Jawoll,
ericht hab' ich Buchbinder gelernt, hab' die ganze Literatur je-
bunden und bin denn doch uff'n Hund gekommen. — Vors.:
Es geht Ihnen schlecht? — Angel.: Miserabel, och der Gunde-
bräuerei is dem Deibel zu schlecht. In Holland, da war et
freilich 'ne andere Sache. — Vors.: Ihr Wirth behauptet, Sie
hätten ihm vorgespiegelt, daß Sie von der holländischen Re-
gierung eine Pension von 150 Thalern begehren, und durch
diese Angabe sei er veranlaßt worden, Ihnen eine Wohnung
zu vermieten. — Angel.: 'n sheenes Land dei Holland.
— Vors.: Sind Sie überhaupt je in Holland ge-
wesen? — Angel.: Wat? Ja soll nich in Holland gewesen
sind? Na, dei is jut; is nich in Holland gewesen!
Ree, so wat. Ja hab dort lange genug meine Knochen zu
Markt je tragen, fragen Er bloß de Reijting. — Vors.: Was

zeugung aus, daß er an ihrer Seite das Glück
seines Lebens finden werde und hat um den Segen der
Mutter.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Der Riesendampfer „Great Eastern“, welcher seiner
Zeit zur Zuzug des transatlantischen Handels benützt wurde,
wird, wie man aus London berichtet, demnächst in einen
schwimmenden Klub nebst Theater umgewandelt werden und
sämmliche Hauptstädte Großbritanniens besuchen. Der neue
Besitzer des Schiffes, Hr. Edward de Raiton, verspricht sich
hierzu bedeutenden Gewinn, und um die Vorstellungen an
Bord des Dampfers so anziehend wie möglich zu machen, hat
er den bekannten Jirudirektor Holland engagirt. Das Riesens-
schiff wird seine Kundreise im Oktober antreten.

Entzifferung halberverfälschter Dokumente. Verlohlte
Bücher und Akten ausfinden und so herzurichten, daß sie
wieder zu gebrauchen sind, ist eine schwierige Aufgabe.
Auf dem im Jahre 1871 verbrannten Stadthaus von Paris
sanden sich Bände der wichtigsten Dokumente in gleichmäßig
verlohltem Zustande, so daß sie einem dichten verlohlenen Holz-
blocke glichen. Jeder Versuch, die einzelnen Blätter zu trennen,
misglückte anfangs, bis ein Gerichtsbeamter das Mittel ent-
deckte, welches zum Ziele führte. Er schnitt zuerst den Rücken
der Einbände weg, so daß die Blätter weiter keinen Zusammen-
hang hatten, tauchte das Ganze in Wasser und setzte es sodann
an der Mündung eines Heißluftrohrs der Wirkung des heißen
Luftstromes aus. Durch das rasche Verdampfen des in den
Fahstückenräumen der Blätter enthaltenen Wassers lösten sich
diese von selbst und konnten — natürlich mit Anwendung der
größten Behutsamkeit — von einander getrennt werden. Die
Schrift tritt auf allen diesen Blättern in einer eigenartigen
Richtigkeit auf glänzend schwarzem Grunde hervor, so daß ein
solches Blatt den Blick von Sammlerzungen und Klafs-
arund darbot und leicht entziffert werden konnte. Gegen
70000 beglaubigte Dokumente sind nach diesem Verfahren ge-
rettet worden.

Eigenhämlicher Selbstmord. „Haben Sie schon Je-
mand sterben sehen?“ Mit diesen Worten sprach sich vor
einigen Tagen in einem Gasthofe in Wien ein Sicher-
heitswächmann inmitten einer frohlichen Tischgesellschaft mit
einem Taschenuhrer ins Herz und war auf der Stelle todt.

einige Flaschen holen zu lassen. Morgen, wenn er wieder
ruhiger geworden ist, wird er bereuen, daß er Dir die
harten Worte gesagt hat.“

Gleichwohl ich sehe nun auch ein, daß ein Ende
gemacht werden muß,“ unterbrach er sie, „ich will ihm
beweisen, daß ich den Muth habe, allen Stürmen die
Seite zu bieten. Wer ist der Unerfahrene, der Dich
verfolgt?“

„Ich kenne ihn nicht, soweit ich ihn noch nicht
kennnen, daß er mir seinen Namen nennen konnte.“

„Und wann verfolgt er Dich?“

„Abends, wenn ich aus dem Theater komme.“

„Weshalb auch erlaubst Du mir nicht, Dich zu be-
klänen?“ fragte er sie vorwurfsvoll.

„So lange wir noch nicht öffentlich verlobt sind, thue
ich's nicht gerne, und der Weg vom Theater hierher ist ja
nicht weit. Auf den Dalk kann ich auch nicht immer
warten, der hat ja der Regel nach der Vorstellung noch so
manches zu besorgen, da eile ich denn voraus, damit er in
ein warmes Zimmer kommt.“

„Und von diesen Verfolgungen hast Du mir bisher
nichts gesagt?“

„Ich wollte Dich nicht beunruhigen, und es war auch
bis heute wirklich kein Grund dazu vorhanden. Deshalb
überreichte nichts, Geliebter, ich gedulde mich gerne.“

Dies auf diese Bitte eine Antwort zu geben, nahm
Hugo Abschied von dem Mädchen; sein Entschluß stand fest,
der alte Mann sollte ihm nicht noch einmal solche Vor-
würfe machen. Er wußte voraus, daß seine Mutter ihre
Zustimmung verweigern und ihm harte Worte sagen würde;
sie, die Lother und zugleich auch die Wittwe eines Be-
amten, konnte sich ja mit dem Gedanken, eine Schauspielerin
ihre Schwiegertochter nennen zu sollen, nur schwer be-
freunden.

Indessen konnte er auch die opferwillige Liebe, die
seine Mutter für ihn hegte, und von dieser Liebe hoffte er
alles.

Wenn nur Lante Rest nicht gewesen wäre! Es ließ
sich mit Sicherheit erwarten, daß sie die Wittwe ihres
Bruders in der Abweigung gegen die „Komödiantin“ be-

haben Sie denn dort gemacht? — Angell: Ich war im Kriegsdienst und hab' mir bei den Schlächten so ausgezeichnet, daß sojar die Kinderlein uff mir Heldenlieder seungen haben. — Vorf.: Schlächten in Holland? — Angell: Rattierlich. Die waren Schlächten, sage id Ihnen, fragen Sie bloß die Resierung. So was kommt in die ganze Weltjeschichte nich wieder, wie wir die Seräubere verlobalt haben. Ich hab' alleene 'ne jonge Rasse von in Grund gebohrt, fragen Sie bloß die Resierung. — Vorf.: Waren Sie auf einem Schiff bedienstet? — Angell: Wie et irade lam, bald war id zu Wasser, bald war id zu Lande, aber menschtendreis immer schneidig, 'n soenannter verflüchter Kerl. — Vorf.: Begiehen Sie irgend eine Verston? — Angell: Ich sollte woll cene bekommen. — Vorf.: Aber Sie bekommen keine? — Angell: Verdient hätte id ihr, fragen Sie bloß die Resierung. — Vorf.: Damit der Wittch Ihnen die rückständige Miethe fund, haben Sie ihm geschrieben, daß Ihre Mutter in Französch-Buchholz gestorden sei und ein Bauerngut hinterlassen hätte, Sie besäßen ein Erbthell von 8000 Thlr. Was ist daran wahr? — Angell: Ich war daumal bei der Mutter, det id wahr. — Vorf.: Die Mutter besitst aber keine 8000 Thaler? — Angell: Mit die Dahters ist et so'ne Sache. — Vorf.: Und die Mutter ist auch gar nicht todt, sondern lebt noch? — Angell: Jott sei Dank, se lebt in Französch-Buchholz, fragen Sie bloß de Resierung. — Der Angellagte wurde wegen Betruges zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Gegen die Fachvereine richten sich nicht nur die Bolizei-Organe, sondern auch und zwar mit besonderer Gehässigkeit die Unternehmer. So haben, wie wir schon berichteten, die Mitglieder der Liegnitzer Tischlerzinnung sich bei ihrem Ehrenwort und bei Strafe von 50 M. verpflichtet, keine Gesellen zu beschäftigen, welche den Fachvereinen angehören. Das heißt mit anderen Worten, die Innungsmeister beschließen die Vernichtung verschiedener wirtschaftlicher Existenzen, weil dieselben eine andere sozial-politische Meinung haben. Wenn Arbeiter sich vereinigen, bei irgend einem politischen Gegner keine Einkäufe mehr zu machen, dann fällt man sofort über dieselben her, spricht von Unbuddisamkeit, Terrorismus, man erklärt diese Handlungsweise für ein Boycotten schlimmster Art und ruft die Bolizei um Hilfe an. Wenn hier aber eine Vereinigung von Unternehmern solche gehässige Beschäfte sagt, wenn solche Innungen den Klassenkampf mit aller Gewalt schüren, dann stehen die Vertreter der herrschenden Presse und der herrschenden Macht mit verächtlichen Armen dabei, als wenn nichts Unrechtes geschähe. Durch solche Beschäfte sowohl, als auch durch das dabei zur Schau getragene Verhalten der Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Macht wird die Erbitterung in der Arbeiterkreise viel mehr geschürt, als durch sogenannte aufreizende Reden „hegender Agitatoren“. — Wir aber bedauern solche Gehässigkeiten, weil durch dieselben die Andahnung vernünftiger Sozial-Reformen äußerst erschwert wird.

Drittkrankenkassen-Defizit. Auch die Drittkrankenkassen des unteren Kreises Solingen arbeiten fortwährend mit Unterbilanz. In einer am 20. d. M. in Opladen stattgehabten Versammlung der Vorstände der Drittkrankenkassen von Opladen (Stadt), Opladen (Land), Burscheid, Langensfeld, Reulich, Ronheim, Leichlingen, Lagenbrunn, Steinbüchel und Schleich wurde hervorgehoben, daß nur durch eine beständige Zuschußpflicht der Gemeinden die genannten Kassen weiter existieren können. Unter den jetzigen Verhältnissen würden die Drittkrankenkassen zu Grunde gehen. An der ganzen Kasse sollen aber, nach den Ausführungen der Herren Vorstandsmitglieder, in erster Linie die „freien Hilfskassen“, sodann die Kerkje und Apotheker schuld sein.

Die Tabakindustrie liegt nach dem Berichte der Handelskammer zu Hanau im vorliegenden Bezirk schwer danieder. Bei der Zigarrenfabrikation wurden übertriebene Ansprüche an die Ausstattung gemacht, wodurch die Herstellung sich verteuerete. Die Löhne seien, wenn auch nicht speziell im letzten Jahre, so doch in den letzten fünf Jahren noch weiter zurückgegangen.

Die furchtbare Depression, von welcher die deutsche Segelschiffreederei, besonders in den Provinzen Pommern und Preußen heimgesucht ist, wird in dem 1886er Jahresbericht der Handelskammer von Stralsund folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „In den Provinzen Pommern und Preußen waren vorhanden:

1876 946 Segelschiffe mit 283 395 Registertons,
1885 597 174 346

und ist also hier die Segelotte um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Ungeheure Kapitalien, die früher, großen Gewinn bringend, in den Schiffen angelegt waren, sind jetzt als beinahe total verloren zu betrachten, denn beim Verkauf des Schiffes wird, wenn überhaupt ein Gebot erfolgt, nur sehr wenig erzielt und andererseits ist der Frachtenstand so, daß bei den meisten Reisen kaum die Unkosten gedeckt werden und nur selten zur Absicherung und weit seltener zur Verzinsung des angelegten Kapitals etwas übrig bleibt.“

Ein weißer Rabe. Der Vorstand der Hamburger Schmiede-Innung erklärt, er werde sich bemühen, die Sonntagarbeit gänzlich zu beseitigen. Dabei fordert er alle Führerbesten auf, ihrerseits diese Bestrebungen zu unterstützen.

Auch die Korbmacher wollen möglichst wenig Konkurrenz. Auf dem ersten Verbandstag deutscher Korbmachervereinigungen in Berlin ging man dem Hausirhandel energisch zu Leibe. Es wurde beantragt zu beschließen, an den Bundesrat dahin vorstellig zu werden, daß den Hausirern nur da gestattet werde, ihre Waaren selbsterwerblich, wo nachweislich ein Bedürfnis vorliegt, und wo nur im Hausirhandel Korbwaaren zu haben sind, und daß nur solchen Personen das Hausiren mit Korbwaaren gestattet wird, die durch körperliche Gebrechen anderweitig an einem Erwerb gehindert werden. Im weiteren fordert die umfangreiche Resolution, das Hausiren nur im herumtragen der Waaren zu gestatten und den Wagenverkauf den Hausirern zu verbieten. Die Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme.

Vom Dresdner Löhlerstreik. Es verlautet, daß die Lage der freilebenden Löhlergehilfen eine unübersehbar gute ist. Die Abmachungen zwischen Meistern und Gesellen sind bis jetzt von Erfolg nicht begleitet gewesen, obgleich die Meister — welche ursprünglich auf keinerlei Erhöhung der Löhne eingehen, vielmehr vom 1. d. M. ab selbstständig einen Tarif den Gehilfen aufzwingen wollten — bereits zu 16 pCt. Vornachlassung sich verstehen wollten. Die Gesellen verlangen aber 20 pCt. und hoffen, der gegenwärtigen Konjunktur entsprechend, auch damit durchzudringen, zumal der Unterstützungsfond ein ausreißender ist und ein guter Theil der Streikenden in direkten Arbeits- und Lieferungsverhältnissen mit dem bauenden Publikum einmüthig getreten ist. Der Streik dauert nunmehr vier Wochen.

Arbeiterentlassungen. Die jüngst gekündigten 400 Arbeiter der Dortmunder „Union“ werden am 7. August entlassen. Da nun auch andere große Eisenwerke demnächst Kündigungen im größeren Maßstabe vornehmen wollen resp. bereits vorgenommen haben, so ist für die Entlassenen so gut wie gar keine Aussicht vorhanden, neue Arbeit zu finden. Uebrigens soll auf der „Hermannshütte“ und dem „Eisenwerk“ in Orde die Kündigung für 600 Arbeiter für die nächste Zeit angedeutet sein. Auf den Werken der Gesellschaft „Phönix“ in Ruhrort sind 300 Arbeiter vom gleichen Schicksal betroffen worden.

Hermisches.

Brand in Kanton. Der „Bester Btg.“ wird aus Kanton, 15. Juni, geschrieben: Die chinesische Bevölkerung Kanton's ist seit heute früh in furchtbare Aufregung; es brennt in der „Chinesische City“. Für Jeden, der eine chinesische Stadt — und speziell Kanton — jemals gesehen hat, sagen diese Worte genug. Diese engen, luftleeren Straßen, diese ineinandergepreßten Häuser, welche zum größten Theil mit brennenden Stoffen überladen sind, muß man gesehen haben, um sich die Gefahr vergegenwärtigen zu können, welche ein Brand für die ganze Stadt mit sich bringt. So sind denn auch gestern in wenigen Stunden ca. 150 Häuser vom Boden gesengt. Ein wahres Glück noch, daß wir Landwind hatten, der die Flammen nach dem Wasser zu trieb; im umgekehrten Falle wäre höchstwahrscheinlich ganz Kanton jetzt nur noch eine Trümmerstätte. Die Ursache des Brandes ist wohl darin zu suchen, daß an dem gestrigen chinesischen Feuersfest jeder Haushälter zahllose Schwärmer und Rannenschlüge abgebrannt wurden, eine Sitte, die schon manches Haus in China eingeeicht hat. Der Schauplatz der Feuersbrunst ist fast ausschließlich in den ärmeren Vierteln, deren unglückliche Bewohner bei der Schnelligkeit der Katastrophe fast nichts gerettet haben, als ihr werthloses „Heiligthum“, ein kleines, rohes Holzschächtelchen, ähnlich unseren Puppenhäusern, mit Blumen und Goldpapier decorirt. — In diesen Kästchen werden täglich einige Kerzen abgebrannt, einige Rämpf mit Thee und Reis dem Gotte dargeboten, vor ihnen kniet der Chinese täglich mehrere Male und murmelt seine Gebete. Sowie die ersten Flammen empor schlugen, bot sich in den höchstens fünf Fuß breiten Gassen der 1/4 Millionen Einwohner liegenden Stadt Kanton ein ähnlicher Anblick, wie in den Gängen einer gestörten Ameisenkolonie. Schreiend und gestikulirend räumten die Chinesen alles irgend Werthvolle aus ihren Wohnungen aus: Kisten und Kasten, Ballen und Säcke auf den Schultern, rannten sie ins Freie. Dort führt eine alte Dienerin eine gepuderte und geschminkte Schöne, welche aus ihren versträubelten Fähen sich kaum aufrecht halten kann, während hier ein kräftiger junger Bürsch in einem Arm eine Kiste, im anderen seinen alten Vater, sich mühsam den Weg durch die wogende Menge bahnt. Die Mandarinen, begleitet von ihren Soldaten, lassen sich von ihren Vorläufern mit kräftigen Stoßschlägen den Weg bahnen und laufen in höchster Angst koplosk umher; sind sie doch, falls ein Diebstahl oder andere Verbrechen vorkommen, mit ihrem Kopf für den Thäter haftbar, bis sie den Unbekannten erwischen. Wieder regnet es Stoßschläge auf die nackten Arme und Beine und eine Sprige wird von den Ruffen im vollen Laufe herangeschoben; im Nu sind die Kanäle in den Straßen ausgetrieben, das Wasser daraus wird in die Sprige geschüttet, an jeder Seite derselben regen sich zwanzig kräftige Arme und der Strahl fällt zischend in die verheerende Fluth. Uebrigens ist die chinesische Feuerwehr ganz ausgezeichnet organisirt, und wenn auch nur Handpumpen im Gebrauch sind, so ist die Energie und Umsicht der Führer und Sprigenleute nur anzuerkennen. Um 12 Uhr Mittags hatte das Feuer seinen Höhepunkt erreicht; eine mächtige Feuersäule züngelte gen Himmel, knatternd barsten die Balken, krachend stürzten die Mauern und Dächer zusammen, gewiß manchen Bewohner unter sich begrabend. In unglaublich kurzer Zeit waren sämtliche Gebäude zwischen dem Ausgangspunkt des Brandes und dem Strom vernichtet, die Landungsbrücke wird halb verlobt, einige der zahllosen „Sampan's“, welche in Folge der Tide feststehen und nicht fortkönnen, fangen Feuer, doch bald ist auch hier die Gefahr beseitigt und alles athmet auf. Um den bösen Feuergeist gänzlich zu verschrecken, werden von neuem Schwärmer entzündet, während schreien die armen Ruffen auf die halberstirnten Flammen ein, die Beschädigten starren mit gleichgültigem Fatalismus auf die Reste ihrer Habe, keinen einzigen jedoch habe ich weinen gesehen. — Momentan packen die Chinesen wieder ein, das Geschäft geht wieder seinen alten Gang, namentlich haben einige spelulative Almonadenoerläufer bereits wieder recht guten Abzug. Die vor wenigen Stunden noch in höchsten Angen schwebenden Händler tauchen mit demselben Gleichmuth wie Lags zuvor ihre Pfeife, bis tief in die Nacht knattern die den „Feuertott“ scheuchenden Schwärmer, die Aufregung des Tages ist schon vergessen.

Weiberschau in Russland. Lange Zeit — d. h. bis in den Anfang unseres Jahrhunderts — waltete eine Sitte in St. Petersburg, die man nur als ein Ueberbleibsel aus einem rohen Zustand des gesellschaftlichen Lebens betrachten kann; wir meinen nichts anderes, als eine Schauung der heirathfähigen Frauen und Mädchen vor den Augen der heirathslustigen Männerwelt. — Bei dieser Weiberschau ging es in folgender Weise zu: Am Pflingstsonntag Nachmittags war der Sommergarten in St. Petersburg ganz gedrängt voll von Jungfrauen und Mädchen, die sich nach Frauen resp. Schwämmen umsehen. Die Mädchen hatten dazu ihren besten Putz angelegt. Bündel silberner Theelöffel, ein großer silberner Kochlöffel oder irgend ein anderes luxuriöses Stück aus der Wirtschaft wird in abschätziger Weise in der Hand gehalten, als handgreiflicher Beweis, daß das Mädchen ihrem Gatten etwas an Verthgegensänden mitbringt. Die jungen Männer ihrerseits versehen nicht, sich das beste Aussehen zu geben. Die Mädchen sind begleitet von ihren Eltern oder von einem andern älteren Mitgliede der Familie, damit alles mit Anstand vor sich gehe. Ein und der schlendern gemächlich die heirathslustigen Jungfrauen und begucken prüfend die Mädchen, bei denen sie vorbeikommen. Hat ein junger Mann einen günstigen Eindruck von irgend einem Mädchen erhalten, so wendet er sich keineswegs direkt an den Gegenstand seines Wohlgefallens, sondern es erfolgt erst eine kleine beraubende Unterredung mit einer älteren Person, gewöhnlich einer Frau. Er sagt ihr seinen Namen, Wohnort, Stand; er giebt eine kleine Uebersicht seiner Habe. Er legt seinerseits verschiedene Fragen vor, von denen eine sich sichtlich auf den Betrag der von den Eltern des Mädchens zu erwartenden Mitgift bezieht. Die Frau, mit der er sich in diese Verhandlungen eingelassen hat, ist oft gar keine Verwandte des Mädchens, sondern eine Art von Heirathsmittlerin, entweder aus Freundschaft für die eine der betheiligten Parteien oder für bestimmte Sporteln. Wenn die beiderseitigen Nachweise befriedigend sind, so wird augenblicklich noch nichts entschieden. So mag es kommen, daß dasselbe Mädchen viele Bewunderer anzieht. Am Abend werden Familienberatungen gehalten und die Aussichten geprüft; dabei betrachtet man ruhig die Anerbietungen jedes Junggesellen, vor allem die wichtige Frage nach den Rubeln. Die Prüfung läuft auf nichts anderes hinaus, als daß dem Heirathsbietenden das Objekt überlassen wird. Eine kurze Benachrichtigung wird dem Manne gesandt, dessen Angebot am angenehmsten war, und nur äußerst selten macht das Mädchen irgend welchen Einwand gegen den ihr ausgesuchten Bräutigam.

Das größte Fernglas der Welt. Der „D. C.“ in Baltimore schreibt: „Obgleich die Bundesregierung und die einzelnen Staaten verhältnismäßig wenig für die Wissenschaft thun, so sind doch gerade auf diesem Kontinente einige große astronomische Entdeckungen gemacht worden, wie z. B. die Monde durch den ebemaligen Schmied Alfred Hall, und eine ganze Reihe von Planeten und Kometen. Diese Entdeckungen wurden jedoch nur möglich durch die hohe Vollendung, auf welche der Bostoner Alvan Clark die Herstellung von Ferngläsern gebracht hat. Auch Clark ist ein self-made man, er hat das Vinsenschießen von sich selbst gelernt und erhält jetzt Aufträge aus der ganzen Welt. Seinen Ruhm begründete er durch das große Teleskop der Sternwarte in Dorpat. Seitdem arbeitet er aber jetzt; es ist so groß, daß man die Herstellung einer solchen Glaslinse noch vor zwei Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Der kalifornische Millionär Vld hat 700 000 Dollar für Gründung und Ausstattung einer Sternwarte hinterlassen und gewünscht, daß das größte und beste Teleskop, welches nur hergestellt werden kann, dafür angeschafft werden soll. Den Kontrakt erhielt Alvan Clark vor fünf Jahren. Nur eine französische Glasfabrik war im Stande, die Glaslinsen zu liefern; aber erst nach zahlreichen misglückten Versuchen gelang es, zwei fehlerfreie Linien zu liefern, von denen jede den häßlichen Preis von 25 000 Doll. kostete. Nun aber kam das Schicksal. Dieses ist so schwierig und sehr taubend, denn es muß fast ausschließlich mit der Hand, d. h. den Daumen geföhren, daß ein Glas Jahre zur Vollendung erfordert. Beide Linien sind jetzt nahezu fertig. Die Gläser werden in einem Stahlrohr von nahezu einer Yard Durchmesser und 57 Fuß Länge eingekleidet. Man glaubt, daß dieses neue Teleskop den 24 000 Meilen entfernten Mond auf eine augenscheinliche Entfernung von nur 100 Meilen nahe rückt. Die Sternwarte ist auf Mount Hamilton in Santa Clara County in California errichtet und kann im nächsten Winter bezogen werden. Das besagte County hat es sich 78 000 Doll. kosten lassen, um einen häßlichen Fahrweg bis zur Spitze des Berges anzulegen.“

Ein neues Telephon. Hat Dr. Lucien G. Rose von Ohio erfunden, mittelst dessen man sich angeblich auf eine Entfernung von 2000 Meilen hin unterhalten kann. Herr Rose hat sich vergeblich bemüht, ein Patent auf diese seine Erfindung zu erhalten, da die Bell Telephoncompagnie dieses Bemühen vereitelte. Der Erfinder will sich nun nach Schweden begeben, um dort seine Erfindung patentieren zu lassen.

Der Hund vor Gericht. In einem unserer thüringischen Wochenblätter befindet sich, erzählt die „Dorf-Btg.“, dieser Tage folgendes Inserat: „Allen denen zur Warnung, welche ihren Hund mit auf das Feld nehmen, ist eine gesetzliche Strafe von 30 M. gesetzt. Wer um eine Anzeige, daß einer seinen Hund mit auf das Feld nimmt, oder ein Hund herrenlos herumläuft, so namhaft macht, daß wir den selben Bericht nach Belieben belangen können, erhält eine gute Belohnung mit Verschwiegenheit seines Namens. —feld, ... 1886. Die Jagdpächter.“

Kleine Mittheilungen. Am a. d. Stgt. 27. Juli. Bei Ausübung ihres Berufs verunglückten gestern in der Nähe unseres Ortes zwei mit dem Transport von Feldfrüchten beschäftigte Arbeiter durch das Zerfallen einer Getreinschicht. Sie wurden als Leichen unter der Schutte hervorgezogen. — Ein neuer Beitrag zum Kapitalismo der Arbeiter!

Essegudin, 25. Juli. (Ein blutiger Kirchweihfest.) Bei dem gestern stattgehabten Kirchweihfeste in der benachbarten Ortschaft Anala fanden bedauerliche Ausschreitungen statt, welche den Tod dreier Menschen und eine schwere Verwundung zur Folge hatten. Das Blutvergießen entstand dadurch, daß die Gendarmen einen Bauernburschen, welcher sich mehrere Ausschreitungen zu Schulden kommen ließ, verhaftete und in dem Arreste der Gendarmerie detenirte. Die Genossen des Burschen beabsichtigten, den Häftling zu befreien und stürmten die Gendarmerieanlage. Der Patrouillenföhrt forderte die Burschen wiederholt auf, sich zu entfernen, doch blieb dies ohne Erfolg, so daß derselbe von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Der Schuß tödtete einen der Anführer; ein zweiter wurde schwer verwundet. Hierauf warf sich ein ganzer Volkshauf auf den Patrouillenföhrt und erschlug denselben. Unterdessen stoh der zweite Gendarm nach dem Gemeindegaufe und schloß sich daselbst ein, doch auch dieser konnte nicht mehr sein Leben retten, da man ihm nachsteilte, die Thür erbroch und ihn ebenfalls tödtete. Die Leichen der beiden Gendarmen, welche durch Schläge und Steine furchbar zugerichtet sind, wurden heute nach dem Militärspital überführt. Wegen die Thätur wurde die strengste Untersuchung eingeleitet.

Wien, 26. Juli. Schon wieder hat sich auf dem Grobglodner ein Unglücksfall mit tödtlichem Ausgang ereignet. Diesmal ist es eine Touristin, welche dem Bergsport zum Opfer fiel, Pauline v. Sonklar, eine Tochter des bekannten Alpen-Erforschers v. Sonklar. Eine Gesellschaft von vier Herren und zwei Damen, worunter eben die Bergunglücke, war gestern früh Morgens von Heiligenblut aufgedrochen, um einen jener Buntke aufzusuchen, von denen aus sich ein Ausblick auf den Grobglodner darbietet. Dieses Ziel wurde ohne Unfall erreicht. Nachdem man sich an dem großartigen Bilde saßgesehen, ward der Abstieg über die sogenannte Weisklupe in die Kleine Fleck angetreten, ein wildes, von Felsstrümmern übersetztes Gebänge, durch das der wilde Fiehsbach zu Thal fließt. An einem etwas schwierigen Punkte dieses Weges machte zum Pauline v. Sonklar einen Felstritt und stürzte, ehe noch einer der Begleiter ihr Hilfe bieten konnte, in die Tiefe, wo sie mit mehreren schweren Wunden am Kopfe und gedrohenen Gliedmaßen todt aufgefunden wurde. Die Gesellschaft brachte die Leiche der Bergunglücke gegen 10 Uhr Abends nach Heiligenblut, wo sie in der Gemeindegasse aufgebahrt wurde. — Es ist ganz unglücklich, daß nach der großen Katastrophe, deren Opfer — Grafgraf Pallavicini, Grommelin, Rangeltner und Kudefoier — erst kurze Zeit die Erde bedt, schon wieder eine gefährliche Partie ohne die nöthigen Vorsichtsmaßregeln unternommen werden konnte, denn anders kann nach dem vorliegenden kurzen Telegramm der Unglücksfall nicht bedacht werden.

Wien, 26. Juli. (Beim Randoer erschossen.) Schreibt der „R. Fr. Br.“ aus Jägerndorf, 24. Juli. Die hiesige Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 1 war gestern Abends zu einem Kastmandover ausgerückt, welches durch traurigen Abschluß fand. Auf die unter dem Kommando des Korporals Bannert stehende Feldwache wurde ein Angriff gemacht und hierbei ein Infanterist im Bein durch einen Schuß verwundet. Der Verwundete erstattete sogleich die Meldung hierüber. In Folge dessen wurde das Randoer abgedrückt und die Truppe trat den Rückmarsch an. Im nächsten Momente vermühte man den obengenannten Korporal; eine Patrouille, die nach ihm ausgesandt wurde, fand ihn dort, wo der Angriff auf die Feldwache ausgeführt worden war, mit durchschossener Brust todt liegen. Der Mann, welcher den tödtlichen Schuß abgefeuert hatte, wurde bisher nicht entdeckt.

Triefst, 28. Juli. Die Cholera macht zwar in der Stadt keinerlei Fortschritte, greift aber, wie der „R. Fr. Br.“ geschrieben wird, leider im Territorium um sich. Auch in Gallinara und Longera wurde das Auftreten der Seuche unter dem beim Baue der Bahn Oerpel-Triefst beschäftigten Arbeitern konstatiert. In San Giuseppe bei Rismarie, wo die Krankheit mit außerordentlicher Heftigkeit auftrat, kamen abermals mehrere neue Fälle vor. Hier widerlegte sich auch die Bevölkerung allen ärztlichen Maßnahmen. Die Angehörigen der Gallinara weigerten sich, diesen die vorgeschriebenen Arzneien zu verabfolgen. Einer der Bauern gab einem Kälber das Landanum ein und als das Thier unter allen Symptomen einer Vergiftung starb, hielten es die Bauern für erwiesen, daß die Kerkje gekommen seien, um die Kranken zu vergiften. Sie stürmten das Gasthaus, in welchem sich die Sanitätskommission befand, und wollten Raube an den Mördern nehmen. Dr. Rigon nahm nun selbst Landanum ein, um die Bauern von ihrem Irrthum zu überzeugen. Alle Bemühungen, dieselben einzuführen, waren vergeblich und die Gendarmerie mußte eingreifen, um das Leben der Kerkje zu schützen. Als diese das Gasthaus unter Eskorte verließen, wurden sie mit Pfeilen und Steinwürfen empfangen.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

№. 175

Freitag, den 30. Juli 1886.

III. Jahrg.

Die Unruhen in Amsterdam.

Es wird schwer halten, die Wahrheit über die Tumulte in Amsterdam festzustellen, da die bürgerliche Presse derartige Vorgebezeiten systematisch falsch darstellt, um ihr Auftreten gegen die Arbeiterklasse damit zu beschönigen. Da uns jedoch andere Quellen nicht zu Gebote stehen, so bringen wir nachfolgend den Bericht des Amsterdamer „Allg. Handelsblad“.

Bereits am vorigen Sonntag — heißt es hier — haben die Anwohner der „Lindengracht“ ein Fest organisiert, bei dem in Schläufen bestand, und das, da es ja ganz unschuldiger Art ist, von der Polizei gestattet wurde. Da dies so gut ausfiel, wurde beschlossen, am folgenden Sonntag (25. Juli) auch einmal das Kalzieden zu versuchen: Kalzieden ist ein barbarisches Vergnügen, das, früher sehr beliebt, jetzt fast vergessen ist. Man bindet dabei einen dicken Kal unter den Armen an ein Tau, so daß das Thier nicht loszukommen vermag und erreicht es dann noch mit Seife. Das Thier wird inmitten eines Grabens oder Kanals (Gracht) aufgehängt und einige Männer und Knaben versuchen dann in einem Kahn, der pfeilschnell unten durchgerudert wird, es los zu ziehen, was nicht so leicht ist, da der Kal, jezt glatter als je, aus den Händen gleitet. Dabei geschieht es dann nicht selten, daß der Fieber das Gleichgewicht verliert und Hals über Kopf ins Wasser fällt. Das Thier leidet inzwischen unsäglich Qualen. Ein Mal ist es von Leben und so scharf das Tau auch schnittet, so bald verendet er nicht, sondern krümmt sich verzweifelt in allerlei Bindungen um die Hände seiner Peiniger. Endlich aber zieht einer etwas härter als seine Vorgänger; der Kopf wird vom übrigen Körper getrennt und derjenige, der dies vollbracht, hat den ausgelegten Preis gewonnen.

Am Sonntage nun legten etwa 20 Personen jeder einen halben Gulden zusammen und man lautete einen dicken Kal, während 6 Gulden als Preis bestimmt wurden. Die beiden Ufer der „Lindengracht“ werden durch drei Brücken verbunden, von denen die mittlere die „Sonnabendsbrücke“ genannt wird. In der Nähe dieser Brücke fand das Kalzieden statt und Tausende von Personen wohnten demselben bei. Das Tau wurde zwischen den gegenüberliegenden Häusern 184 und 119 gespannt, in welchem letzterem ein Zimmer unbenutzt ist. Um 4½ Uhr begann das „Fest“ und bereits hatte man drei Mal herumgezogen, wobei einige Personen auch schon in's Wasser gefallen waren, als zwei Polizeiagenten den Kalziedern andeulerten, ihr Spiel einzustellen. Diesem Befehl wurde keine Folge gegeben. Einer der Agenten ging auf die Kammer im Hause Nr. 119 und schnitt das Verbindungstau los, während der andere Verhaftung herbeizog. Die Kalzieder verweigerten jedoch, ihr Spiel fortzusetzen, indem sie das eine Ende des Taus mit den Händen hielten. Als dies aber ebenfalls durch die inzwischen angerückte Hilfe verhindert wurde, lehrte die Menge sich gegen die Polizei, erst in einen Keller, wo er so arg misshandelt wurde, daß er später fortgetragen werden mußte. Die Agenten trieben jezt mit ihren Degen die Menge auseinander, diese war aber an Zahl stärker als die Polizeidienner, so daß letztere theilweise entwaffnet und ihre Degen in den Kanal geworfen wurden, während andere Agenten in die Flucht geschlagen oder misshandelt wurden. Die Zahl der Polizeiaagenten wuchs durch die aus anderen Stadtvierteln requirirte Hilfe immer mehr an, aber je stärker sie wurde, desto größer wurde auch die Volkswut. Das Straßengäßchen wurde an verschiedenen Stellen aufgebrochen und die Polizei Agenten wurden mit Steinen beworfen, wodurch mancher von ihnen verwundet wurde. Ein Agent schloß in das Haus eines Bäckers, in Folge dessen in diesem Hause sämtliche Fenster eingeworfen wurden. Inzwischen wurden die Gaslaternen angezündet, von der Menge jedoch wieder aufgedreht. Die Stärke der Polizei konnte in diesem Augenblicke auf einige hundert Agenten angewachsen sein, die aber trotzdem, wenn sie auch viele Angriffe unternahm und zahlreiche Personen verhafteten, nichts gegen die Uebermacht ausrichten konnten. Nicht allein, daß man mit Strohkneifen war, nein, man holte sogar die Platten vom Dach herunter, man benutzte Blumentöpfe und sogar einen eisernen Keisel als Wurfgeschosse. Die Frauen trugen in ihren Schürzen Riesel und Steine herbei zum Gebrauch gegen die sich momentan in einer unglücklichen Lage befindenden Polizeiaagenten.

In einem gegebenen Augenblicke warf die Menge sich auf einen Polizeiaagenten, den sie entwaffnete, schlug und in der Lindengracht zu ertränken versuchte. Eine Frau aus der Menge versank es aber noch, die Beibrören zur Raision zu bringen. Mithin wurde die Gemüter jezt durch den fortwährend fallenden Regen abgekühlt und der Aufstand wurde weniger, was aber nicht verhinderte, daß die Polizei hier und da noch handelnd aufzutreten und einige Arrestanten machen konnte, unter welchen sich auch die bekannten Sozialisten Ed. Kuyper und Meegens befanden, — der letztere trug Steine bei sich. Einige Agenten und ein Brigadier waren mehr oder weniger verletzt, ebenso hatten viele Bürger Verwundungen davon getragen, sei es durch den Steinregen, oder dadurch, daß sie mit dem Sädel oder Stoß Bekanntheit gemacht hatten.

Sonntag Nacht um 12 Uhr konnte die Polizei sich wieder auf ihre verschiedenen Stationen vertheilen, sie hatte einen schweren Tag hinter sich.

Da die trottsige Haltung des Böbels Besorgnisse einflößte, so wurden für die etwaige Wiederholung der Unruhen am Montag Vorlesungen getroffen und Militär in Bereitschaft gehalten. In den ersten Nachmittagsstunden bildeten sich in der Stadt wieder große Ansammlungen von Menschen, und als das Volk in der Lindengracht der Aufforderung der Polizei, auseinander zu gehen, nicht Folge leistete, im Gegentheil eine aufrührerische Haltung annahm, so wurde das Terrain von einigen achtzig Husaren und mehreren hundert Infanteristen besetzt. Nach und nach wuchs die Nacht auf etwa 500 Mann an. Aber auch diese ernstliche Vermahnung blieb fruchtlos. Männer, Frauen und Kinder begannen in rasendem Uebermuth das Straßengäßchen aufzureißen und Barricaden zu bauen. Niemand mochte das Militär, anfänglich ohne Feuer zu geben, die Leute an ihrem Vorbaben zu behindern, als die Soldaten aus Fenstern und von Dächern mit einem Hagel von Steinen und Dachspannen begrüßt wurden. Alles war hierzu vorher in Bereitschaft gesetzt. Die Straßengänge aus der Nachbarschaft waren am Nachmittage beschlachtet, Munition zu verfertigen, indem sie mit Hammern die kleinen Steine am Kanal entgegen flopfen und die Stücke in eigens dazu mitgebrachte Körbe warfen. Aus dem Kahn, daß nur blinde Schüsse abgefeuert werden sollten, wurden die Aufführerischen sehr bald gewetzt, denn sobald sich der erste von ihnen mit einem tothen Platte auf der Barricade sehen ließ, fiel ein Stein und — ein Todter. Nichts desto weniger versuchte ein zweiter, einen schweren Stein aus einem Bodensfenster einem

Kavalleristen auf den Kopf zu werfen; auch er sank, bevor er sein Vorbaben ausführen konnte, tödtlich getroffen nieder.

Der eigentliche Aufstand begann um 4 Uhr Nachmittags. Tausende von Menschen waren auf den Beinen; die meisten schienen in böswilliger Absicht gekommen zu sein, denn fast das ganze Publikum nahm eine äußerst drohende Haltung gegen die hart bedrängte Polizei an. Um 6 Uhr langten etwa 200 Mann Infanterie unter Befehl eines Hauptmanns und 80 von einem Premierlieutenant befehligte Husaren auf dem Kampfsplatz an. Sie besetzten sogleich den Noordermarkt und die Kreuzpunkte. Als sich dann eine Abtheilung Infanterie in die Boombardsgracht wagte, wurde sie ebenfalls mit Steinen empfangen. Darauf wurde nach einer dreimaligen Aufforderung ein leichtes Gewehrfeuer eröffnet, was anfänglich half. Bald aber begann die Menge von neuem mit Steinen zu werfen und nun wurde in kürzeren Zwischenpausen Feuer gegeben. Ein unbeschreiblicher Tumult entstand jezt; das Feuer hielt regelmäßig an, die Schüsse hallten durch die Straßen und überklangen fast das laute Wehllagen und Geschrei der Auführerischen. Dennoch wurde mit dem Werfen von Steinen fortgesetzt. Hier fiel ein Verwundeter, da ein Todter nieder, die auf der Straße zurückblieben, während die Menge in Verwirrung auseinanderstob. Einen Augenblick später wurden die Verwundenen und Verwundeten von Freunden in Handlaren nach dem Polizeibureau auf dem Noordermarkt gebracht. Dann fanden zahlreiche Verhaftungen statt; einige der Verhafteten hatten noch Steine in der Hand. Der Hauptanföhler der Steinwerfer befindet sich dem Vernehmen nach unter den Geftideten. Gegen 7 Uhr wurde neue Verstärkung abgefordert, und der Oberlieutenant Simon übernahm den Oberbefehl. Um diese Zeit waren auf dem Polizeibureau acht Tode und eine noch größere Anzahl Verwundete untergebracht. Gegen 8 Uhr wurde in der Lindengracht wieder mit Steinen geworfen, doch gelang es, ohne zu feuern, die Menge auseinander zu treiben, welche sich in die angrenzenden Straßen schloß. Fortwährend wurden Neuterer arretirt und geraume Zeit blieb der Marktplatz einem Schachtsfeld, wo unter dem dichten Gebüsch die Infanterie aufgestellt war, während rings herum Husaren patrouillirten. Später wurde beim Vertreiben der Menge aus den anliegenden Straßen noch mehrmals Feuer gegeben. Bei dieser Gelegenheit wurde u. A. ein Artillerist verhaftet, der an dem Aufstände Theil nahm.

Während es nun auf dem Noordermarkt ruhig war, vergrößerte sich die Gefahr wieder auf dem Jordaan. In der Anjellerstraße wurden die Husaren mit einem Steinregen empfangen; sie feuerten darauf vier Salven ab, wobei eine Person getödtet und mehrere verwundet wurden. In der Bringenstraße drehten die Auführer alle Laternen aus, verperrten den Weg und rissen das Straßengäßchen auf. Den Neugierigen, welche nicht unterlassen konnten, von ihren Fenstern aus den Verlauf des Kampfes zu beobachten, wurde angedeutet, die Fenster zu schließen. Auch in der Tulnstraße wurden Steine, Dachspannen, ja selbst Wassereimer als Wurfgeschosse benutzt; ein Infanterist erlitt hier eine schwere Verletzung am Bein. Gegen 11 Uhr mußten die Bringen- und Broumergracht gesäubert werden. Hierbei wurde wieder mit Steinen geworfen und durch drei Salven beantwortet. Da die Menge sich nicht allein auf Steinwerfen beschränkte, ging daraus hervor, daß ein Offizier einen Revolver versah und ein Polizist einen Revolver in die Brust erhielt. Bei der letzten Salve wurden 5 Personen verwundet. Da in dem „Recht voor Allen“ das Volk aufgefordert ward, bei einem etwaigen Aufstande die Bank nicht zu verlassen, hatte bereits früh am Abend eine starke Wache vor der Niederländischen Bank Stellung genommen. Nach und nach wurde es überall ruhig. Wohl blieb noch hier und da ein Trupp Neugieriger stehen, doch nur um nach einem kurzen Meinungsaustrausch langsam nach Hause zu gehen. Die Infanterie und die Husaren schlugen auf dem Noordermarkt ihr Quartal auf, indessen blieben die Truppen sowohl als die Polizei noch wachsam.

Mit Ausnahme des Kampfsplatzes und seiner nächsten Umgebung hatten die übrigen Stadttheile ein ruhiges Ansehen. Die friedliebenden Bürger der Stadt waren höchlich betrübt über die traurigen Berichte, die schnell nach allen Seiten verbreitet wurden und in der Mitte der Stadt nur zu deutlich ihre Bestätigung fanden durch die Tragbahnen, Krankenwagen und Handlaren, welche ihren Weg nach dem Krankenhause nahmen. Dort hatte sich ebenfalls eine Schaar Neugieriger angesammelt, ebenso vor dem Palais, das auch eine verstärkte Wache erhalten hatte. Man hörte aber weder lautes Sprechen, noch Lachen oder Geläch, was unter gewöhnlichen Umständen zu den Eigentümlichkeiten eines Montagabends in Amsterdam gehört. Vor dem Palais waren die Artilleristen aus Naarden unter Führung eines Offiziers und Unteroffiziers mit gezogenen Sädeln aufgestellt. Um 1 Uhr Nachts setzten sie sich vor dem Palais nieder, begaß von der Straße zu sehen. Um diese Zeit war der Ruhe so gut wie hergestellt. Die Truppen wurden während der Nacht in der Noorderstraße einquartirt, wo sie es sich auf dem Hüfen bequem machten. Um 2 Uhr zog eine Kompagnie Marinesoldaten auf Wache, nachdem die Straßen überall wieder in Ordnung gebracht worden waren.

37 mehr oder weniger schwer verwundete Personen sind gestern Abend ins Krankenhaus geschafft worden. 14 Personen starben aus dem Wege nach dem Hospital und heute Nacht erlagen weitere fünf Personen ihren Wunden, während noch drei Verwundete hingenommen. Die Zahl der Toten dürfte indes noch größer werden, da an dem Auskommen einiger Verletzten noch ge Zweifel ist. Die Hospitalärzte hatten die ganze Nacht voll auf zu thun, um die Verwundeten zu verbinden und zu pflegen. Heute Morgen wurden die nächsten Verwandten bei den Verwundeten zugelassen, um, wo es nöthig war, ihre Namen fest zu stellen. Viele andere Personen, die Familienmitglieder vermögten, kamen mit angsterfüllten Herzen, um sich zu erkundigen, ob ihr Vater oder Bruder im Krankenhause Aufnahme gefunden hätte, und oft verrieß lautes Wehllagen, daß sie ihre Flußboerwandten unter den Geftideten gefunden hatten. Die Zahl der von Pflastersteinen getroffenen und verwundeten Polizisten beträgt ungefähr vierzig, doch ist nur der vierte Theil von ihnen ernstlich verwundet und zur Zeit dienstuntauglich.

Am Dienstag früh ist es auf den Straßen ruhig geblieben. Es kamen zwar viele Neugierige zusammen, doch deutete die Polizei Anführungen vor, indem sie größere Zusammenrottungen verhinderte und die Menge fortwährend scharf bewachte. Außer den Marinesoldaten, die in der Noorderstraße einquartirt sind, ist das Militär wieder abgezogen, da man sich der Hoffnung hingibt, weiteren Ausschreitungen durch das energische Einschreiten von Militär und Polizei ein Ziel gesetzt zu haben. Im Laufe des Abends, kam es zu einigen unbedeutenden Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei, doch genügten die die Straßen durchziehenden

Patrouillen, die Menge zu zerstreuen. Gegen 10 Uhr war die Ruhe vollständig wieder hergestellt. Im Ganzen sind bei den Unruhen am Montag Abend 25 Personen getödtet und gegen 90, darunter 40 Polizeibeamte, verwundet worden.

Kommunales.

Die Stadtverordneten-Wählerlisten liegen nur noch heute von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags im Wahlbureau des Magistrats, Breitestraße Nr. 20a, (Römisches Rathhaus) zwei Treppen öffentlich aus. Während dieser Zeit kann noch jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben. Dieselben müssen in der gedachten Zeit schriftlich bei dem Magistrat eingebracht werden; später eingehende Einsprüche können nicht berücksichtigt werden. Versäume daher Niemand, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in die Wählerliste eingetragen ist. Wer nicht selbst Zeit hierzu hat, kann auch einen Anderen beauftragen, die Liste nachzusehen. Nur die in die erste Steuerliste eingeschätzten Steuerzahler, resp. diejenigen, welche überhaupt keine Steuern zahlen, sind nicht wahlberechtigt.

Lokales.

Die Gefahr der Diphtheritis-Erkrankungen, die in diesem Jahre in unserer Stadt erschütternder Weise nicht ganz so groß ist wie in früheren Jahren, wird bekanntlich durch zweckmäßige Vorsichtsmaßregeln bedeutend gemildert. Reizungen der Schleimhäute der Mund- und Halshöhlen, die leicht durch Erkältungen herbeigeföhrt werden können, machen diese Körperstellen entzündlich und in diesem Zustande besonders geeignet, den in der Luft frei umherfliehenden Ansteckungsstoff der gefährlichen Krankheit aufzunehmen und diese weiter zu verbreiten. Unter diesen Umständen ist es ersichtlich, daß die Menge dringend vor dem Genuß kalter Getränke warnen, so lange der Körper erkräftigt ist, denn in diesem Falle haben die für den Ansteckungsstoff der Diphtherie am meisten empfänglichen Stellen in Mund und Hals im erkräftigten Zustande zuerst den Anprall des erkräftigten Getränks auszuhalten, dessen entzündliche Wirkung in diesem Falle eine unabwendliche ist. Die sehr sich diese Theorie der Menge bewährt, beweist der Erkrankungsfall des fünfjährigen Sohnes eines in der Reichenbergerstraße wohnenden Bierdehandbeamten. Der herbeigerufene Arzt fand die hintere Mundhöhle hochgradig entzündet und mit dem gefährlichen Pilzüberzug der Diphtherie bedeckt. Er behauptete, das Kind müsse im erkräftigten Zustande ein ungewöhnlich kaltes Getränk zu sich genommen haben. Die Eltern stellten eine solche Maßnahme in Abrede. Durch Zufall wurde nun von anderen Knaben, Spielgenossen des Erkrankten, mitgetheilt, daß derselbe am Tage vor seiner Erkrankung von einem Fuhrwerk der Eiswerke kleine Eisstücken aufgeliesen und verschluckt habe, oder dieselben im Munde habe zerfließen lassen. Hierdurch wurde natürlich die Krankheitsursache genügend klargestellt und die vom Arzte ausgesprochene Vermuthung bestätigt. Es zeigt sich aber in diesem Falle zugleich die Gefährlichkeit der Unfälle des Gießens, die man gegenwärtig vielfach bei Kindern in der Nähe der Eiswerke beobachten kann.

Die Arbeiten auf dem ausgedehnten Terrain für das neue Dienstgebäude des königlichen Polizeipräsidenten am Alexanderplatz schreiten zwar langsam aber stetig vorwärts, was durch den, namentlich auf der Westseite, längs der Stadtbahn belegenen sehr leichten Baugrund erklärlich ist. Welche Schwierigkeiten diese Arbeiten bereiten, ergibt sich schon daraus, daß für die Herstellung der Fundamente in diesem schlechten Baugrund ein Mehroertrag von 300 000 Mark in Ansatz gebracht worden ist. Der neue Polizeipalast dürfte, wenn nicht ganz besondere Hemmnisse eintreten, spätestens mit Anfang des Jahres 1890 den Zwecken, für welche es bestimmt ist, dienlich gemacht werden. Der Bau leitet der Stadtbaurath Platenstein, dem zur Unterstützung bewährte technische Kräfte zur Seite stehen. Das Polizeipräsidentengebäude wird nach den Bauzeichnungen Platenstein's vierstöckig, erhält vier Höfe, die erforderlichen Wirtschaftengebäude, ausgedehnte Stallungen etc. Die Höhe wird jener des Rathhauses nur um 2 Meter nachgehen; dasselbe ist 25 Meter hoch. Die Architektur ist auf die fast ausschließliche Anwendung von feinen Portlandsteinen mit Formsteinen und Terrakotten berechnet. Das Gebäude wird einfach ausgeführt werden. Nur der Gebäud am Alexanderplatz (ein Thurm) und die Hauptfassade sollen etwas reichere Durchbildung erhalten. Gerade durch seine monumentale Ausföhrtung wird das neue Dienstgebäude des königlichen Polizeipräsidenten ein Prachtbau werden.

Der Hausarzt-Stellvertreter gehört jezt zur Straßen-Hygiegienomie Berlins. In den Doktorwagen sieht man jezt nur junge Herren, die eben aus dem Staats-Examen heraus sind. Sie genießen das Spazierenfahren noch in vollen Blüten als etwas Neues. Während der ältere Arzt in seinem Wagen steif über die Zeitung oder das Notizbuch gebeugt sitzt, undklammert um das, was um ihn herum vorgeht, sitzt der Stellvertreter aufrecht im Wagen und blickt rechts und links auf das Gewühl um ihn her. Au zu schwer ist ihm ja der Kopf nicht, denn Alles, was ernstlich krank ist, hat der Hausarzt in die Händer geschickt, und eine Nigräne einer alten Dame oder ein Kinder-Katarrh macht selbst dem jüngsten Arzte den Kopf nicht heiß. Wenn der Hausarzt aber erst lakonisch ansetzt: „Ich bin von der Reise zurückgekehrt. Dr. X.“, dann ist es mit der kurzen Geschichte des Stellvertreters wieder vorbei.

Die jezt im Abgeordnetenhaus vorschreitenden Reparaturen sind ziemlich umfangreich. Es hat sich nämlich dem V. B. R. nach herausgestellt, daß die Feuerungsanlagen im Vordergebäude erneuert werden müssen. Ferner muß eine dem vollständige Neubebauung des Hauses vorgenommen werden, da auch hier sehr erhebliche Mängel hervorgetreten sind. Unabhängig hiervon ist der Bau eines neuen Maschinenhauses auf dem Terrain des ehemaligen Festungsgrabens zur elektrischen Beleuchtung des Sitzungssaales.

Das erste Haus, welches der Freilegung des Waldes zum Opfer fällt, ist das an der Ecke der Fischerstraße, welches, da es keine Kolonnen besitzt, dem Personenverkehr von jeher äußerst hinderlich gewesen ist. Mit dem Abbruch des äußerst duffälligen Gebäudes ist bereits begonnen worden.

Mancher kluge Geschäftsmann bringt bei Bezahlung mittelst Vorkaufszahlung 20 Pf. für Porto in Abzug. Diese Handlungsweise ist unbecichtigt und laut Urtheil des Reichsgerichts logar strafällig, da in ihr der Betrugsversuch zu erkennen ist.

Die vom amerikanischen Generalkonsulat in Berlin veröffentlichte Statistik gibt ein Bild von der Entwicklung der Berliner Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Dieselbe betrug im zweiten Vierteljahr d. J. 1 523 355 Doll. gegen 1 051 892 Doll. in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres; die

700 000
Sten
ite und
afür an
lact vor
Einde
en mih
i. tiefen
II. Loffel
und gelb
id, d. h.
Lendung
e Bilden
schmefen
sch neu
t augen
st. Die
County
bezogen
II. Loffel
Berget
ton Oble
line Geb
Der
af diese
elepho
will ich
identien
nglichen
er Tage
che ihr
tase von
in Hund
herum
richt
Lohnung
1886.
Berah
mit den
Berber
ter in
Kapitel
L) Pa
charin
n Raat
nund
rch, das
weshen
und in
len der
kürmen
erte die
achte
wurde
Möbheft
terfösh
d schief
n Dehen
on einem
wurden
Zähne
Groß
ereignet
sich zum
lanten
on vier
te, war
in einem
lich auf
satig
in die
über
fängig.
te nun
sich mit
ne mit
Gleich
die
eigenen
—
dem
er und
per ein
wunder
m was
bedeut
Der
sein
nun
do hat
rign zu
Edel
Belung
Ziele
kann
Ber
ob die
Sie
niffen
Wen
ihrem
aufzu
weisen.
Abwas
Stein
lage.

Angeschuldete Bebel sagte ja: zur Parteigebhörigkeit ist erforderlich, die Partei durch Geldbeiträge zu unterstützen. Für das Vorhandensein einer Verbindung spricht ferner die innerhalb der Partei bestandene feste Disziplin. Die Mitglieder mußten sich der Parteidisziplin unterwerfen, wenn sie der Unterstützung nicht vollständig verlustig geben wollten. Die Parteileitung hatte das Recht der Ausschließung aus der Partei, ja sie hatte sogar das Recht, über die einmalige Auswanderung der einzelnen Mitglieder zu bestimmen. Allerdings sagte er weiter: Die Parteileitung konnte Mitglieder bloß aus der Reichstags-Fraktion ausschließen, die Ausschließung aus der Partei konnte nur durch den Kongreß erfolgen. Ich bin der Meinung, daß dies gleichgültig ist. Die Parteileitung hatte sogar das Recht, mit der Ausschließung aus der Partei zu drohen, wenn ein Parteimitglied sich der Parteidisziplin nicht fügen wollte. Herr Bebel sagte: das hatte keine Bedeutung, eine Ausschließung aus der Partei konnte die Parteileitung nicht beschließen. Es ist nicht anzunehmen, daß solche intelligente Leute, wie Bebel und seine Parteigenossen, etwas unternehmen, was wirkungslos wäre. Ich frage, in welcher anderen Partei solche Einrichtungen bestehen?

Ich erlaube mir nun, einen historischen Rückblick auf die sozialdemokratische Partei zu werfen. Es dürfte allgemein bekannt sein, welche festgelegte Organisation die sozialdemokratische Partei bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes hatte. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Organisation mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes vollständig vom Boden verschwand. Ich behaupte, nur die Form ist verschwunden. Das beweisen auch die verschiedenen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage, in denen wiederholt betont wurde: Die Organisation kann man nicht wiederholen.

Ganz charakteristisch ist der in Schlefien abgehaltene Parteitag. Dort wird unumwunden eingestanden, daß eine feste Organisation besteht. Als das Sozialistengesetz in Kraft trat und die sozialdemokratische Presse in Deutschland unterdrückt wurde, griff man zu dem Ausschlußmittel, im Ausland ein Organ ins Leben zu rufen. In dem Aufruf bei Gründung des „Sozialdemokrat“, der von allen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterschrieben ist, wird dies unumwunden gesagt. Nun sagen die Angeklagten: Der „Sozialdemokrat“ ist ein reines Privat-Unternehmen, auf dessen Redaktion und Expedition sie nicht dem mindesten Einfluß hatten. Dem widerspricht doch aber vollständig die Art, in der auf dem Kongreß in Kopenhagen über den „Sozialdemokrat“ Bericht erstattet wurde. Wenn das Blatt vollständig selbstständig dastünde, dann ist es nicht ersichtlich, weshalb die Geschäftsbücher des „Sozialdemokrat“ vorgelegt wurden. Dieser Umstand beweist doch dafür, daß der „Sozialdemokrat“ Eigentum der Partei war. Die umfangreichen Arbeiten, mit denen außerdem die Herausgabe von Druckschriften bewirkt wurden, sprechen ebenfalls zweifellos für das Vorhandensein einer festgelegten Organisation. Wie die Verbreitung des Parteiprogams und anderer Druckschriften bewirkt werden soll, dafür werden im „Sozialdemokrat“ die verschiedensten Weisungen gegeben. Es werden in verschiedenen Orten Sektionen gebildet. Man mußte geradezu die Augen verschließen, wenn man sagen wollte: diese ganze Organisation beruhe auf bloßen Zufälligkeiten, eine feste Verbindung sei nicht vorhanden. Wenn sich eine Anzahl Personen zu gemeinschaftlichen Zwecken zusammenschließen und ihren Willen dem der Gesamtheit untergeordnet, so ist das eine Verbindung vorhanden, es ist nach dem Urtheil des Reichsgerichts nicht erforderlich, daß diese Unterordnung durch eine bestimmte Willenserklärung geschieht, es genügt, daß diese konkludente Handlungen bezeugt wird. Wenn Sie mit mir zu der Überzeugung gelangen, meine Herren Richter, daß eine solche Verbindung vorhanden war, dann werden Sie mir auch beistimmen, daß diese Verbindung geschah, um das Sozialistengesetz durch ungesetzliche Mittel unwirksam zu machen. Das Ziel der Verbindung war, geht aus den verschiedenen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage hervor, in denen mehrfach betont wurde, wir erkennen das Gesetz nicht an, wir werden uns in unserer Agitation nicht betten lassen. Ich erinnere hierbei, daß auf dem Kongreß in Witten das Wort „gesetzlich“ aus dem Programm gestrichen wurde.

Der Hauptzweck der Verbindung war die Herstellung und möglichst weite Verbreitung von verbotenen Druckschriften. Es werden in dieser Beziehung im „Sozialdemokrat“ die eingehendsten Weisungen gegeben, es werden Belehrungen erteilt, in welcher Weise der Raffentransport des „Sozialdemokrat“ nach Deutschland zu bewerkstelligen sei u. s. w. Es machte keinen Unterschied, ob die betrübenden Eindrücke, als die Angeklagten Bebel und Vollmar, im Gegensatz zu den anderen Angeklagten offen erklärten: sie wünschen die weiteste Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Es ist auch gar nicht erklärlich, daß den Angeklagten die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ gleichgültig sei. Die Angeklagten gaben ja selbst zu, daß der „Sozialdemokrat“ ihr offizielles Parteiporgan sei, sie hatten somit ein großes Interesse an seiner Verbreitung. Sie hatten im Ausland eine Druckerei gegründet zur Herstellung des Blattes und anderer Druckschriften und unterhielten eine Verbindung behufs Verbreitung derselben in Deutschland.

Ich will nicht das politische Gebiet berühren, aber ich muß doch hervorheben, die Verbindung hatte, wie die Beweisaufnahme ergibt, den Hauptzweck, durch Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften die sozialdemokratischen Ideen im Volke zu nähren, um zu geeigneter Zeit etwas zu unternehmen. Wie diese Verbindung gegliedert war, konnten wir ja nur zum Teil wahrnehmen, daß sie aber vorhanden und zu ihren Zwecken und Beschäftigungen gehörte, durch Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften das Sozialistengesetz unwirksam zu machen, wies, meine Herren Richter, werden Sie nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme kaum noch im Zweifel sein. Auch darüber, daß die Angeklagten die Leiter der Verbindung waren, dürfte klar gestellt sein. Es ist nicht erforderlich, daß die Angaben an der Beschäftigung der Verbindung direkt Antheil genommen haben, die Förderung dieser Beschäftigung ist gleichbedeutend mit der Antheilnahme. Ich glaube, der Beweis für die Schuld der Angeklagten vollständig erbracht zu haben und beantrage, dieselben im Sinne der Anklage für schuldig zu erklären.

Beizehelliger Rechtsanwalt Freitag (Leipzig): Es wird bei Beurtheilung der Sache zunächst darauf ankommen, ob eine Verbindung vorhanden ist. Der Herr Oberstaatsanwalt sagte: durch das Erkenntnis des Reichsgerichts ist ein fester Boden geschaffen worden. Allein das Urtheil des Reichsgerichts widerspricht dem des Chemnitzer Landgerichts in keiner Weise. Es ist ein Irrthum, wenn angenommen wird, das Chemnitzer Landgericht habe den Grundriß aufgestellt: zu einer Verbindung ist erforderlich, daß eine mündliche Willenserklärung des Angeklagten erfolgt, daß dem Gesamtwillen untergeordnet. Das Chemnitzer Landgericht ist bei der Abfassung seines Erkenntnisses ebenfalls von der Auffassung ausgegangen, daß eine solche Willenserklärung durch konkludente Handlungen erfolgen kann. Ich stimme dieser Auffassung ebenfalls bei, es entsteht nur zunächst die Frage, ob eine Verbindung vorhanden ist. Allein weder das Reichsgericht, noch der Herr Oberstaatsanwalt hat uns einen Fingerzeig gegeben, wo die greifbare Verbindung zu suchen ist. Der Herr Oberstaatsanwalt sagte: Die Angeklagten sind aber das Wort „Organisation“ hinweggeschöpft. Dieser Vorwurf ist vollständig ungerath. Die Angeklagten haben angegeben, daß eine geistige Organisation besteht. Hätten die Angeklagten etwas anderes gesagt, dann hätten sie eben

Das erste Moment für die Parteiverbindung findet der Oberstaatsanwalt in dem Umstande, daß eine Parteileitung vorhanden war. Wenn das richtig wäre, dann wäre es doch zum Mindesten erforderlich, daß diese Parteileitung oder „Parteivorstand“, wie der Herr Oberstaatsanwalt sich ausdrückt, gewährt worden wäre. Dieser Parteivorstand bildete sich aber so ipso aus den jeweiligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Es muß nun erwogen werden, daß diese Abgeordneten keineswegs ausschließlich von Sozialdemokraten gebildet werden. Bekanntlich sind in den letzten Jahren die meisten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in der Stichwahl, also auch von vielen Leuten anderer Parteien gewählt worden. In Breslau werden die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten regelmäßig in der Stichwahl mit Hilfe der Ultramontanen gewählt. Wenn es in Berlin zu einer Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Liberalen kommt, stimmen die Konservern, aus Haß gegen letztere, für den sozialdemokratischen Kandidaten. Am Rhein, in Hannover und mehreren anderen Orten sind dieselben Verhältnisse vorhanden.

Die Zusammenfassung der Parteileitung war somit dem reinen Zufall anheimgegeben. Der Herr Oberstaatsanwalt fand ferner eine Verbindung in dem Bestehen von Parteibeiräten, Lokal-Komitees u. dergl., der Herr Oberstaatsanwalt ist uns nur den Beweis schuldig geblieben, daß dieselben mit der Parteileitung in irgendwelchem Zusammenhange stehen. Mit Vermuthungen können wir aber nicht rechnen. Der Herr Staatsanwalt sagte: Die Partei muß Beamte unterhalten haben, denn es sei sonst unerklärlich, wer all die Korrespondenzen besorgt hat. „Wer hat aber diese Beamten bezahlt, wer stellt sie an, wer entläßt sie?“ Ja, diese Frage richtet ich an den Herrn Oberstaatsanwalt. Der Herr Oberstaatsanwalt muß doch den Beweis liefern, daß bezahlte Beamte vorhanden waren. Ich behaupte, alle diese Arbeiten geschähe von Parteigenossen unentgeltlich. Es existierte ein Wahlfonds, ein Disziplinfonds, ein Fonds für Bemerkungen.

Zur Verwaltung derselben waren bezahlte Beamte doch nicht erforderlich. Als ein sehr wichtiges Moment für das Vorhandensein einer Verbindung führte der Herr Oberstaatsanwalt die Parteidisziplin an, die innerhalb der sozialdemokratischen Partei herrschte und die so weit ging, daß die Parteileitung berechtigt war, einzelnen Parteigenossen die Unterstützung zu entziehen. Es ist selbstverständlich, daß die Parteileitung das Recht haben mußte. Die Parteileitung, die den Fonds für Bemerkungen verwaltete, ein Fonds, zu dem auch sehr viele Gegner der Sozialdemokraten, aus reinen Humanitätsgründen beisteuerten, hatte die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß nicht Unberechtigten aus diesem Fonds Unterstützung ertheilt. Das ist nicht im Bereiche der Möglichkeit, daß Bagadonen, Dummker u. s. w. sich als Ausgewiesene ausgaben und um Unterstützung nachsuchten? Das Recht der Ausschließung von Abgeordneten aus einer Fraktion nimmt jede Partei für sich in Anspruch. Der Umstand, daß die Parteileitung auf einzelne Mitglieder einen moralischen Druck ausübte, kann doch nicht für eine Verbindung sprechen; eine Verurtheilung ist niemals erfolgt. Auch in dem Abhalten von Parteikonferenzen kann eine Verbindung nicht gefunden werden. Derartige Kongresse werden von allen Parteien abgehalten, ohne daß irgend ein Staatsanwalt in diesem Umstande eine Verbindung erblickt.

Der Oberstaatsanwalt sagte: Die vortreffliche Organisation der Sozialdemokraten kann doch keine rein zufällige sein. Der Herr Staatsanwalt sagte: die Form ist bloß verschwunden, ich glaube, er würde hinzufügen: der Geist ist geblieben. Dieser Geist, der unter den Sozialdemokraten herrscht und der allerdings auch das Sozialistengesetz nicht hat zerstören können, ist die Erklärung für die vortreffliche Organisation. Die Form ist geblieben, aber der Geist ist geblieben. Allein nicht der Geist, sondern nur die Form ist strafbar. Auf dem Kongreß zu Witten wurde der Antrag gestellt, ein Korrespondenz-Bureau zu errichten. Ueber diese Frage wurde jedoch sehr bald zur Tagesordnung übergegangen, indem gesagt wurde: „Eine derartige Organisation könnte einmal der Polizei nicht verborgen bleiben und andererseits könnte die Partei auch ohne feste Organisation bestehen. Die sozialdemokratische Partei könne ohne eine festgelegte Organisation bestehen, die Sache für die sie kämpfte, der Geist, der in ihr herrsche, erzeuge jede formale Organisation.“ Das Vorhandensein einer Verbindung bedingt doch, daß etwas Greifbares vorhanden ist. Hat die Verbindung ihren Sitz hat, wer den Vorstand gewählt, wer der Verbindung beigetreten ist? Wir haben bloß feststellen können, daß eine Organisation von Mann zu Mann vorhanden, eine Organisation, die von dem Geiste der Zusammengehörigkeit getragen war. Wenn Sie aber, was ich nicht glauben kann, eine Verbindung als vorhanden erachten, dann entsteht doch die Frage: haben die Angeklagten dolose gehandelt, haben sie gewußt, daß sie einer strafbaren Verbindung angehören. Wenn aber die Ansichten über die Auffassung „Verbindung“ selbst im Richterthum eine so grundverschiedene ist, so werden Sie, sollten Sie zu der Ansicht gelangen, die Angeklagten haben eine Verbindung unterhalten, die Angeklagten trotzdem freisprechen müssen, da dann den Angeklagten als Laien jedenfalls das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt hat. Eine Verbindung ist aber erst dann strafbar, wenn deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll. Daß in allen Dingen Vorsicht und in vielen Sachen auch Geheimhaltung anempfohlen wurde, liefert wohl keinen Beweis für eine geheime Verbindung.

Der „Sozialdemokrat“ ist durchaus nicht das exklusive Organ der sozialdemokratischen Partei. Jeder Angehörige einer anderen Partei, der sich über die Verhältnisse der Gegenparteien unterrichten will, ja die Polizeibehörden aller größeren Städte, jeder Staatsanwalt u. s. w. Monnent des „Sozialdemokrat“. In diesem Blatte annahm die Parteileitung den Ausschluß von Personen, in demselben beruft sie den Kongreß ein, fordert zur Beschäftigung derselben auf und zeigt die Tagesordnung an; von einer Geheimhaltung kann somit keine Rede sein. Geheim wurde lediglich der Ort des Kongresses und die Namen der Delegirten, aus den bereits von Herrn Bebel mitgetheilten Gründen, gehalten.

Nun sagt der Herr Oberstaatsanwalt: Es muß noch etwas dahinter stehen, was wir nicht wissen, denn es wurde im Kongreßprotokoll nicht Alles veröffentlicht. Allein ich wiederhole: mit Routhmungen können wir nicht rechnen. Daß die Angeklagten demüthigt waren, Rathregeln der Staatsregierung durch ungesetzliche Mittel unwirksam zu machen, ist in keiner Weise erwiesen. Die Aufforderung zum Abonnement auf eine verbotene Druckschrift ist nicht strafbar, sondern lediglich deren Verbreitung. Eine solche Handlung ist aber durchaus nicht nachgewiesen worden. Und selbst wenn, was nicht nachgewiesen ist, die Angeklagten zur Verbreitung des „Sozialdemokrat“ aufgefordert hätten, so ist doch sehr zweifelhaft, ob sich die Angeklagten laut § 49 des Strafgesetzbuches, der von der Aufforderung zu einem Verbrechen spricht, strafbar gemacht hätten. Es ist ein Irrthum vom Reichsgericht, wenn es meint, das Chemnitzer Landgericht habe nicht alle Thatumstände genau geprüft. Im Interesse des Ansehens unserer sächsischen und deutschen Rechtsprechung hoffe ich mit Zuversicht: Sie werden gleich den Chemnitzer Richtern zu einem Nichtschuldig gelangen.

Beizehelliger Rechtsanwalt Mundel (Berlin): Ich muß zunächst bemerken, daß weder das Reichsgericht noch der Herr Oberstaatsanwalt für das Vorhandensein einer Verbindung irgendwelche Beweise beibringt hat. Der Herr Oberstaatsanwalt sagte: das Reichsgericht hat der Anklage einen festen Boden gegeben, ich habe aber bisher vom Herrn Oberstaatsanwalt einen solchen Nachweis vermisst. Der Herr Oberstaatsanwalt sagt: die Partei als solche ist noch keine Verbindung,

allein der Kern der Partei bildet eine Verbindung. Ich gebe ja zu, daß es Parteien geben mag, die keinen Kern haben, allein angenommen, in der sozialdemokratischen Partei ist ein solcher Kern vorhanden, dann verlange ich doch zum mindesten den näheren Nachweis, wo dieser Kern anfängt. Wenn die Deduktion des Herrn Oberstaatsanwalts richtig wäre, dann würde jeder Abgeordnete, der sich der sozialdemokratischen Partei anschließt, sich so ipso der Verletzung der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches schuldig machen und seine Wähler könnten ausrufen: „Sigt nicht der Reichstag, dann sigt doch wenigstens der Abgeordnete.“ (Heiterkeit im Auditorium.)

Der Herr Staatsanwalt sagt: Es ist doch nicht anzunehmen, daß die feste Organisation der sozialdemokratischen Partei vollständig verschwunden ist? beiläufig eine sehr bezeichnende Auffassung von der Wirksamkeit des Sozialistengesetzes. Der Herr Oberstaatsanwalt scheint zu meinen: Da das Sozialistengesetz erlassen worden ist, die Sozialdemokraten aber noch fortleben, so müssen sie etwas begangen haben, denn sonst würden sie nicht mehr leben. Es erinnert mich dies an die Geschichte jenes Arztes, der einem Patienten nur noch wenige Wochen Frist zum Leben gab und als er letzterem nach einem Jahre begegnete, ihm zurief: „Sie haben medizinisch längst kein Recht mehr zu leben.“ (Heiterkeit im Auditorium.) Was das Sozialistengesetz betrifft, hat, das hat der Geist der Zusammengehörigkeit, der in der sozialdemokratischen Partei vorhanden und durch das Sozialistengesetz eine wesentliche Stärkung erfahren hat, ersetzt. Wenn die Auffassung des Herrn Oberstaatsanwalts die richtige ist, dann ist eine Gefahr nicht bloß für die sozialdemokratische Partei vorhanden, denn eine Organisation, wie sie diese Partei besitzt, ist bei jeder Partei zu finden. Es ist dies auch ein Grund mit, daß ich, der ich einer anderen Partei angehöre, an dieser Stelle stehe.

Es würde geradezu eine Kränkung der deutschen Polizeibehörden sein, wenn man annehmen wollte: unter Ihren Augen konnte eine so großartige Verbindung so lange Zeit unentdeckt bleiben. Ueber die Parteileitung hat mein Herr Mitvertheidiger schon gesprochen. Der Umstand, daß die Partei ein eigenes Organ hatte, kann keineswegs für eine Verbindung sprechen. Andere Parteien sind eben so glücklich, im Inlande ihre Zeitungen zu haben, die Sozialdemokraten sind aber gezwungen, ihre Blätter ins Ausland zu suchen. Herr Bebel sagte: der Sozialdemokrat stellte der Parteileitung lediglich ein weißes Stück Papier zur Verfügung. Danach war das Verhältniß des „Sozialdemokrat“ genau dasselbe, wie bei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, deren Unabhängigkeit ja bekannt ist, zu dem des Fürsten Bismarck. Daß die Angeklagten dem Blatte, in dem sie ihre Kundgebungen veröffentlichten konnten, einen möglichst großen Leserkreis wünschten, ist selbstverständlich, eben so wie ich mich freuen, wenn z. B. die „Freiwillige Zeitung“ einen großen Leserkreis gewinnt.

Ich wünsche dem „Sozialdemokrat“ keinen großen Leserkreis, die Angeklagten werden das mir, der ich zur deutsch-freiwilligen Partei gehöre, nicht übel nehmen. Bei dieser Gelegenheit muß ich die Angeklagten in Schutz nehmen, die sich nicht gleich den Herren Bebel und Vollmar offen erklärt haben: sie wünschen dem „Sozialdemokrat“ einen weiten Leserkreis. Die Herren sind eben etwas anspruchsvoller und möchten gern etwas Besseres als den „Sozialdemokrat“ haben. In der umfangreichen Anklageschrift, in der Steinen für Steinen mühsam zusammengetragen ist und die einem Rosajillbilde gleicht, habe ich vergeblich nach dem Kern der Partei gesucht. Wenn man die Delegirten des Kopenhagener Kongresses für den Kern hält, dann entsteht unwillkürlich die Frage: warum sind die anderen 51 Delegirten nicht gleich mit angeklagt? Ist es die Parteileitung? Warum lagt man dann die anderen Abgeordneten nicht an und wie kommt man dazu, die Herren Müller, Ulrich und Heinzl, die doch nicht Abgeordnete sind, vor den Richter zu zitiern? Ich bin nun der Meinung, es ist nicht nur nicht eine Verbindung vorhanden, die Angeklagten haben auch nicht den Versuch gemacht, durch ungesetzliche Mittel das Sozialistengesetz unwirksam zu machen.

Wenn Sie erklärt haben, Sie erkennen das Gesetz nicht an, so haben Sie daselbe gethan, wie die Mitglieder der Zentrumspartei, die mit diesem ihren positiven Widerstand auch Erfolg hatten. Wenn jemand im „Sozialdemokrat“ schreibt: „Wir werden das Sozialistengesetz brechen wie und wo wir können“, so sind dafür doch nicht die Angeklagten verantwortlich zu machen. Ebenso wenig wie Fürst Bismarck für den Gesamt-Inhalt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ verantwortlich zu machen ist.

Wenn auf dem Wittenener Kongreß beschlossen worden ist, das Wort „gesetzlich“ aus dem Programm zu streichen, so finde ich das sehr erklärlich. Damit ist doch aber keineswegs gesagt: es sollen nunmehr ungesetzliche Handlungen unternommen werden. Der Beschluß geschah lediglich aus dem Grunde, daß man die sozialdemokratische Partei mit anderm Maße als andere Parteien mißte. Es war lediglich ein Protest gegen ein Ausnahmengesetz, wie er auch zur Zeit seitens des Zentrums gegen die sogenannten Reichsgesetze erhoben worden ist, keineswegs aber gegen das gemeine Recht. Die gegenwärtige Anklage hat bereits eine lange Geschichte, die verschiedensten Berichte haben nicht finden können, daß die Erfordernisse einer Strafthat im Sinne der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches vorhanden sind, ich bin der Überzeugung, Ihr Spruch wird ebenso wie der der Chemnitzer Richter auf Freisprechung lauten.

Oberstaatsanwalt Schwabe: Ich gebe zu, die Anklage gleicht einem Rosajillbilde; es ist aber auch erforderlich, daß der Gerichtshof nicht bloß die Einzelheiten prüft, sondern mehr das Gesamtbild auf sich einwirkt läßt.

Beizehelliger Rechtsanwalt Mundel bezeichnet diesen Standpunkt des Oberstaatsanwalts für sehr bedenklich, der Richter habe lediglich die vorliegenden Thatfachen zu prüfen.

Angell Bebel: Ich will nur noch bemerken, daß, wenn hervorragende Richter und sonstige Juristen über den Begriff „Verbindung“ eine so grundverschiedene Auffassung haben, dann kann der Gerichtshof unmöglich verlangen, daß wir als Laien genau wissen, wo die Grenzen der Verbindung zu suchen sind. Zum Mindesten hat uns doch das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt. Ich muß hierbei nochmals erwähnen, daß schon im Jahre 1880 das Landgericht zu Eldersfeld und im Jahre 1883 die Staatsanwaltschaft zu Kiel die Anklage abgelehnt haben. Man hat es alsdann bei der Staatsanwaltschaft in Leipzig versucht, da ich im dortigen Gerichtsbezirk wohnte, doch auch diese Behörde hat die Erhebung der Anklage wegen Mangel an Beweisen abgelehnt.

Mein College hatte man in Chemnitz, in dessen Gerichtsbezirk Vollmar wohnte. Allein nach eingehendster Voruntersuchung und nach dreitägiger Verhandlung kam der Gerichtshof, der sich volle acht Tage Zeit zur Urtheilserkundigung ließ, zu dem Ergebnis, daß eine Verletzung der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches nicht vorliege. Mir scheint es allerdings, als wolle man dies Mal unsere Beurtheilung um jeden Preis bewirken. Ich erinnere mich hierbei an die Aussprüche der Generalsstaatsanwälte v. Schwabe und Hilt, die übereinstimmend sagten: Es ist Präzident der Staatsanwälte, nicht bloß alle belastenden, sondern auch alle entlastenden Momente anzuführen. In meinem Bedauern habe ich das bei dem gegenwärtigen Herrn Staatsanwalt vollständig vermisst. Hätten wir in der That eine geheime Verbindung unterhalten, dann wäre wohl die Entdeckung derselben, angesichts des in Deutschland ausgebildeten Spitzeltums, angesichts des festern zur Verlesung gedachten Kundschreibens der Berliner Polizei, längst erfolgt.

Vor einiger Zeit hat auch das sächsische Ministerium ein solches Kundschreiben an alle Polizeibehörden des Landes erlassen, das Thun und Treiben der Sozialdemokratie genau zu

beobachten und regelmäßig in der eingehendsten Weise Bericht zu erstatten. Es schwebt deshalb ein Verfahren, da man der Meinung ist, das Schriftstück könne nur durch Verrath eines Beamten zu unserer Kenntniss gelangt sein; man war ja auch der Meinung, das Rundschreiben des preussischen Ministeriums des Innern sei durch einen sozialistischen Vandalen verrathen worden. Es ist aber anzunehmen, dass das jüngste Rundschreiben des hessischen Ministeriums nicht allein daheft, denn es ist längst bekannt, dass die Berliner Polizei Reichspolizei ist. Wie hätten wir auch auf den Kongressen etwas Strafbares unternehmen können, ohne Gefahr zu laufen, verrathen zu werden. Ich garantiere z. B. keineswegs für die volle Wiederkehr der 60 Delegationen auf dem kopenhagener Kongress, ja ich möchte kaum für alle 9 Angeklagten die volle Garantie übernehmen. Ich weiß nicht genau, wo es Palmerston oder Beust, der einmal sagte: „Kauflich ist jeder Mensch, es kommt bloß auf den Preis an, der geboten wird“.

Wir hatten allerdings ein Interesse, von den Geschäftsmännern des „Sozialdemokrat“ Kenntniss zu nehmen, da wir zum großen Theile Darlehnscheine auf denselben hatten. Hätte ich geglaubt, dass man auf diesen Punkt so großes Gewicht legen würde, so hätte ich beantragt, das Berliner Polizeipräsidium zu befragen, ob nicht der verforderte Karl Höchberg das meiste Geld zur Begründung des „Sozialdemokrat“ hergegeben hat. Ich hoffe, Sie werden gleich dem Geymtriger Richtern auf unsere Freisprechung erkennen.

Die anderen Angeklagten haben nichts weiter anzuführen.

Der Präsident theilt alsdann mit, dass die Urtheilsvorlesung am Mittwoch, den 4. August, Nachmittags 4 Uhr, stattfinden wird und schließt hiernach gegen 1 1/2 Uhr Mittags die Sitzung.

† Der Kampf gegen die Geheimmittelfabrikanten ist eine der gemeinnützigsten Thätigkeiten der Staatsanwaltschaften und der Polizeibehörden. Der Erfolg entspricht zwar oft den Anstrengungen nicht; es gelingt den geriebenen Speculanten auf die Leichtgläubigkeit und Unwissenheit durch die Raschen des Rechts zu schlaafen, oder mit einer kleinen Geldstrafe davonzukommen, welche tausendfach durch den hohen Verdienst gedeckt wird, welchen das Geschäft noch immer abwirft. Die eigentlichen Gefahren entstehen für die Kurpfuscher nicht durch die Ausgaben für die medizinischen Bestandtheile ihrer Präparate, die mit wenigen Pfennigen gedeckt werden, sondern durch die Kosten, welche die Reklame verursacht, durch die Gebühren, welche sie für Anzeigen in den gelesesten Blättern bis zum lächerlichen Betrag für Krähwinkel herab zu zahlen haben. In jeder Ueberzeugung nehmen conservativ, liberale und ultramontane Zeitungen jene Anpreisungen von „unfehlbaren“ Heilmitteln gegen alle und noch einige Krankheiten auf und veröffentlichten die Adressen jener Wunderthäter, an welche sich die kranke Menschheit „vertrauensvoll“ wenden und von denen sie „gegen Nachahmung“ die Arkana beziehen kann. Freilich, Geld reicht nicht, und dem Uebel in den Kreisen der Infectionsbureauks kann man es nicht ansehen, ob eine Wittve die Verkaufsanzeige des Nachlasses ihres Mannes, oder ein „doctor philadelphia“ die spaltenlange Ankündigung seines „neuesten“ sicheren „Spezialums“ gegen die „Falschheit“ damit bezahlt hat. Solange es mit der Ehre des Journalismus für vereinbar gilt, der schwindelhaftesten und gemeinschädlichsten Reklame im Theile hinter dem Strich Vorschub zu leisten, während man sie vor dem Strich mit einem phänomenalen Aufwande von Sittlichkeitsgefühl belämpft, wird diese Belämpfung eitle Heuchelei sein und wird das Geheimittelwesen nach wie vor weiterblühen. Zurückweisung jeder Annahme, die irgend wie der Speculation auf die Leiden der Menschheit dient, ist das einzige Mittel, um den Medizinal-Gaunern das Handwerk einzulegen, aber wie die Verhältnisse liegen, wird es niemals gewählt werden. So bleibt allein die Hoffnung auf die wachsende Verbreitung der Bildung, auf die Zunahme der Kenntnisse von der Art und den Verrichtungen der Organe des menschlichen Körpers übrig, Kenntnisse, die am besten durch die Schule zu vermitteln wären, die getrost einige Religionskinder opfern können, um einen vernünftigen Unterricht in der Anatomie und Physiologie Raum zu schaffen. Dann würde endlich die tausendjährige mystische Säure und geheimnissvolle Angst der Menschheit vor dem menschlichen Körper schwinden, die sie zur willenlosen Beute der „Heilmittel“ aller Art macht und die sie täglich im Unverstande gegen die eigene Gesundheit sündigen läßt. Es würde auch die thörichte Anschauung schwinden, dass gewisse Krankheiten als vererbt zu gelten hätten und als „geheime Leiden“ zu behandeln seien, während doch wahrhaftig die Ursachen jener Leiden nicht dadurch beseitigt werden, dass man ihre Wirkungen verbirgt. Gerade die an sexuellen Krankheiten Leidenden sind ein Jagdwild für die Kurpfuscher. Oft bringt jene Gattung Krankheiten an sich schon eine gewisse Hypochondrie mit sich; hier setzt der Geheimmittelfabrikant ein; er Brochüren, die unter vielversprechendem Titel, wie: „Jugendpflege“, „Selbstbewahrung“ x. laufen, schildern die Folgen jener Krankheiten in den schmerzhaften Farben, stellen sicheren Tod, unheilbares Siechtum in nächste

Ausicht. Nun ist der Kranke reif, er bestellt so schnell wie möglich jene „aus den kräftigsten Kräutern“ bereiteten Mittel, die durch „unzählige Dankschreiben Geheilte“ in der Brochure empfohlen sind und bezahlt. Der Verlust des Geldes ist nicht das Schlimmste; dem Kranken wird auch, während er das Geheimmittel vergeblich anwendet, die Zeit gestohlen, in der ihn ein gewissenhafter Arzt noch hätte heilen können. Der Geheimmittelschwindel ist gemeingefährlich. Zu diesen Bemerkungen wurden wir durch eine Gerichtsverhandlung veranlaßt, die gestern vor der 92. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts stattfand. Angeklagt waren der Medicinalrath Dr. Müller, der Buchhändler Friedrich Stahl und der Onkel des letzteren, der Uhrmacher Karl Krellenbaum, wegen Betruges, Beihilfe, Verstoßes gegen die Gewerbeordnung und Führung eines falschen Titels. Die Genannten sind die Verfertiger und Vertheiler der „Miraculo“-Essenz, eines „unfehlbaren“ Mittels gegen Geschlechtskrankheiten aller Art, Ausschweifungen, Sterilität x. Der Buchhändler Stahl betreibt in der Wilhelmstraße einen Buchhandel. In dem Hinterhause befindet sich die „Fabrik“, wo die „Miraculo“-Essenz hergestellt wird, d. h. ein Zimmer, wo ein Haushälter in der Mittagstunde, damit die übrigen Angestellten nichts von dem Betrieb merken, gewisse Ingredienzien nach Anweisung „zusammenmanscht“. Empfohlen wird dieses Wunderelixir durch eine Brochure, die von einem „Oberstaatsrath“ verfasst und von dem Angeklagten Dr. Müller verbreitet ist. In dieser Brochure wird den Kranken eine „Heidenangst“ gemacht und das „Miraculo“ empfohlen. Die Essenz ist nach dem Zeugnis des gerichtlichen Physikus Dr. Long vollständig wirkungslos. Sie ist nicht direkt von Berlin aus verpackt worden, sondern von Braunschweig aus, wo Krellenbaum als Agent fungirte. In der Verhandlung wies Dr. Müller nach, dass er den Doliortitel von der Unterstadt Jena erhalten und dass das Filistinum Walder ihm den „Medicinalrath“ verliehen hat; auch hat er das Apothekeregamen einer Klasse abgelegt. Die bezüglichen Urkunden legte er vor. Ferner legte er eine Anzahl von Anerkennungschriften über die Wirkung seiner Medicamente vor und versicherte, dass er dies nicht allein an sich, sondern auch an manchen Japanern und Ostindien erprobt habe. Für die Uebergabe der Brochure und Recepte habe er von S. seit vier Jahren nicht mehr erhalten, als durchschnittlich eine Mark pro Tag. Der medizinische Sachverständige, Sanitätsrath Dr. Long betonte, dass die Brochüren vom wissenschaftlichen Standpunkte betrachtet, eine Masse „Unfath“ enthalten, dass die Heilmittel allerdings nicht schaden, die Krankheiten, gegen die sie gegeben wurden, aber auch nicht heilten. Es sei möglich, dass die Angeklagten in gutem Glauben gewesen sein könnten, sie würden eine günstige Wirkung ausüben. Staatsanwalt Stachow hielt die Anklage aufrecht und beantragte bei der Schöflichkeit derartiger das Publikum treffenden Täuschungen eine Gefängnisstrafe von je 6 Monaten, gegen St. und Dr. R. noch 300 und gegen K. 200 Mark. Rechtsanwält Dr. Friedmann plaidirte für Freisprechung, da der gute Glaube der Angeklagten nicht in Zweifel gestellt werden könne. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, sprach die Angeklagten von Strafe und Kosten wegen des Betruges frei und verurtheilte nur S. zu einer Geldstrafe von 50 R. wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung, da er nicht berechtigt gewesen sei, Medicamente anzufertigen. — Voraussetzlich wird die Sache noch eine höhere Instanz beschäftigen.

Vereine und Versammlungen.

his. Unter den hiesigen Parquetbodenlegern ist in der letzten Zeit wieder eine Bewegung zur Regelung resp. Ausgleichung der Lohnverhältnisse in Fluss gelaufen, wozu besonders der „Verein der Parquetbodenleger Berlins“ x, die Initiatore ergriffen und eine rege Thätigkeit entfaltet hat. Nachdem er bereits am Schlusse des vorigen Monats in seinem Vereinslokal in der Rauerstraße 88 eine sehr zahlreiche Besprechung abgehalten, zu welcher auch die hiesigen und auswärtigen Arbeitgeber resp. Fabrikanten und deren Agenten eingeladen und vielfach erschienen waren, berichtete er schon am Montag, den 26. d. M., Abends, wieder über die Lage der Fabrikation in der Parquetbodenbranche resp. über die in derselben zur Zeit herrschenden Arbeitspreise und das Verhalten der Parquetbodenleger demgegenüber. In der erwähnten Versammlung referirte der Vorsitzende des Vereins, Herr Hoff, über die Ungleichheit der hier ortsüblichen Arbeitslöhne und die daraus für die Parquetbodenleger drohende Gefahr einer Lohnreduction, weil auch die besser zahlenden Unternehmer sich veranlaßt sehen, gleichfalls mit den Löhnen herabzugehen. Herr Schmitz bemerkte in der Diskussion, dass nach dem im Jahre 1884 aufgestellten und von den meisten Unternehmern auch angenommenen Lohnsatz für Bodenleger 90 P. pro q Meter Parquet- und 1,50 R. pro q Meter Stabboden bezahlt werde. Diesen Tarif solle man neu aufliegen und allen noch nicht nach ihm zahlenden Arbeitgebern unterbreiten lassen. Herr Frigge sprach besonders für die Beseitigung der Plusharbeit, „denn in Hand mit den Meistern“, deren Interessen ein Zusammengehen mit den Bodenlegern erfordern. Herr Meisel ergänzte dies dahin, dass die

Meister (so heißen in den Branchen die Werkführer) alle Ursache hätten, gemeinschaftlich mit den Parquetbodenlegern die Verhältnisse so zu regeln. Hr. Groß (Fabrikant) empfahl besonnenes Vorgehen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Tarif von 1884 schon in nader Zeit zur ausnahmslosen Annahme und Durchführung gelangen werde. Er räuhete besonders auch ein, dass sich die Meister ebenfalls gegen die Fabrikanten schämen müßten. Den Schluß dieser Versammlung bildete die Annahme des den Neudruck des Tarifs von 1884, sowie dessen Versendung und planmäßige Durchführung bezweckenden Antrages. — In der zweiten Mitgliederversammlung in demselben Lokalreferirte abermals Hr. Hoff über die hiesigen Lohnverhältnisse. Dem Referenten zufolge zahlen die Agenten auswärtiger Fabriken die besseren Löhne an die Meister resp. Arbeiter für Parquet- und Stabbodenlegen, nämlich pro Quadratmeter für Parquet- bezw. Stabboden je 90 P. oder bezw. 1 R. 20 P., während die hiesigen beispielsweise für Parquet pro Quadratmeter nur 80 P. zahlen. Dabei sei das Arbeitsmaterial im Allgemeinen von gleich guter Qualität, nur verurtheile das hiesige Fabrikat dem Leger schwerere Arbeit. Ferner gab Referent zu bedenken, dass nicht nur in den sogenannten Gründere Jahren weit höhere Lohnsätze bezahlt worden seien, sondern zum Theil schon in den sechziger Jahren theils höhere, theils dieselben wie heute. In der Diskussion wurde u. A. mitgetheilt, dass eine der bedeutendsten Berliner Firmen, die von Groß, Ritterstraße 118, bereits seit einiger Zeit freiwillig statt wie früher 80, nunmehr 90 P. für den Quadratmeter Parquet bezahlt. Einige Redner meinten, nun würden wohl auch die Firmen Kampmeyer und Leide u. Co., welche noch immer nur 80 P. geben, nicht mehr länger zögern können, gleichfalls 90 P. zu gewähren. Fast sämtliche Redner betonten, dass die derzeitige äußerst starke Nachfrage nach Arbeitskräften die Parquetbodenlegern bei nur einigermaßen festem Auftreten nicht schwer fallen lassen würde, allgemein die höheren Positionen des Lohnsatzes bewilligt zu erhalten. Ein bei der letztgenannten Firma arbeitendes Mitglied des Vereins theilte u. A. mit, dass der dortige Meister, um, nach dem Wunsch des Prinzipals, die Einstellung von hiesigen durchweg als besonders tüchtige Arbeitskräfte bekannten Vereinsmitgliedern thunlichst zu vermeiden zu können, selbst auf die Bauten sich begeben, den minder guten Arbeitskräften des Geschäfts dort beim Vorlegen nachzusehen und sie erst nach „angulernen“ zuletzt zu beschloß die Versammlung, den Tarif von 1884 (Parquet pro Quadratmeter 90 P. und Stab pro Quadratmeter 1,40 R., wobei Stäbe von 60 Zentimeter bis 1 Meter in Winkel zu legen) voll und ganz anzuwenden zu halten bezw. zur allgemeinen Durchführung zu bringen. Die Tabelle soll noch im Laufe dieser Woche zur Ausgabe gelangen. — Wie mitgetheilt wurde, fand der Verein am 1. L. Mts. in Roabit (bei Donath) ein drittes Stiftungsfest und findet die nächste Vereinsversammlung am 9. L. Mts. wieder in demselben Lokal statt.

Eine auf beschäufte Frauenversammlung fand am 22. Juli in Großenhain (Sachsen) statt. Frau Thier aus Berlin hatte den Vortrag übernommen und vertrat den Standpunkt der Frauenemancipation in allgemein verständlicher Weise, so daß sie den Beifall der Versammlung ungetheilt fand. Auch die, welche sonst über die Bestrebungen der Frauen spötteln oder lehrerlächerlich aburtheilen, konnten schließlich gegen die Wahrheit der Ausrückungsbeurtheilungen Grundzüge nur mit Abscheu ihren einseitigen Standpunkt verteidigen. An der auf den Vortrag folgenden Debatte theilnahmen die Herren Rißke und Reichstagsabgeordneter Geyer sowie Frau Thier. Den Vorsitz führte Herr Rißke, dem Frau Thier als Assistentin.

Eine Tabakarbeiter-Versammlung, die am 27. Juli im Frankfurter Hof in Altona tagte, nahm eine Resolution an, wonach eine Petition an den Reichstag bei sämmtlichen Bazararbeitern Deutschlands sirkuliren soll, in der gebeten wird, die Buchhausarbeit abzuschaffen.

Lezte Nachrichten.

Ein arbeiterfreundlicher Antrag beschloß den Berliner Gemeinderath, nämlich der Antrag Langer's, bei den Stadtbewerben den achtstündigen Arbeitstag mit pflanzlicher Sonntagsruhe und jährlich im Verhältnis zum Marktpreis der Lebensbedürfnisse festzustellendem Mindestlohn einzuführen. Der Gegenstand wird mehrere Sitzungen beanspruchen.

Die englische Kabinetsbildung ist erfolgt. Lord Granbroke ist zum Präsidenten des Geheimen Raths ernannt worden, Chaplin zum Präsidenten des Local-Government Board, Stanhope zum Präsidenten des Handelsministeriums, Lord John Manners zum General Postmeister, Bunker zum Minister der öffentlichen Arbeiten, Sir Richard Webster zum Staatsanwalt und Lord Ashbourne zum Lord-Kansler in Irland.

England und China. Das Auserliche Bureau erfährt in Peking sei eine Konvention zwischen England und China unterzeichnet worden, worin sich China mit der englischen Herrschaft in Birma einverstanden erklärt und Förderung des Handels, welcher durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll, verspricht.

Das „Osterbacher Tageblatt“ ist auf Grund der Nummern 89 und 172 verboten worden.

Theater.

Freitag, den 30. Juli

Welle-Alliance-Theater. Das Varietés, Gesangsposse in 4 Akten von Leon Treprow und A. Herrmann.

Grand-Theater. Vom Golde verführt.

Historia-Theater. Amor, Tanz-Vorm von Luigi Manzotti.

Thalia-Theater. Capriccioso.

Prinz-Theater. Die Baurbesitzer.

Central-Theater. Alte Jakobstr. 30. Direkt.: Adolph Ernst. Wieder-Eröffnung: Sonntag, den 31. Juli. Hum 1. Male: Der Wald-Tempel. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannsberg. Kouslets von G. Ors-Ruff von G. Steffens. Mit neuen Dekorationen und Kostümen (Kostüm!) Der Hillel-Borsoverlauf beginnt Donnerstag, den 29., von 10-1 Uhr an der Theater-Kasse. Die vorher bestellten Billets müssen bis spätestens Freitag Mittag 12 Uhr von der Kasse abgeholt werden.

Königsstädtisches Theater. Die Sigeunerbaronin.

Passage 1 Tr. 9 R. — 10 R

Kaiser-Panorama. Neu! Zum ersten Male: Eine Reise durch Schweden. Zweite Reise durch die Pyrenäen. Ostia-Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Pfa. Kinder nur 10 Pfa.

Heute, sowie täglich:

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn

Großes Militär-Concert, Auftreten sämmtlicher Spezialitäten.

Theatervorstellung. Volksbelustigungen aller Art.

Auftreten der beliebtesten **Petrescu-Truppe,** sowie des Trios Jonas, Groß und Gläser, Geschwister Oestat.

Im Saale: **Canzkränzen.** Abends: Große Illumination und Beleuchtung.

Elektrische Eisenbahn. Kutschbahn u. s. w.

Entree 30 Pfennig.

Anfang 8 Uhr. Sonn- haben Wochentags Billetts.

Neue Welt-Kalender für 1887.

Es kann keine Zeit mehr verloren gehen mit dem Ankauf eines schlechten Kalenders. Der neue Welt-Kalender ist ein einziges Gemälde und ein einziges Buch. Er enthält die schönsten Landschaften, die besten Reden, die besten Witze, die besten Räthsel, die besten Räthsel-Lösungen, die besten Räthsel-Geschichten, die besten Räthsel-Fragen, die besten Räthsel-Antworten. Er ist ein einziges Gemälde und ein einziges Buch. Er enthält die schönsten Landschaften, die besten Reden, die besten Witze, die besten Räthsel, die besten Räthsel-Lösungen, die besten Räthsel-Geschichten, die besten Räthsel-Fragen, die besten Räthsel-Antworten.

Bestellen Sie ihn sofort bei:

W. G. Neumann, Neudammstr. 1.

W. G. Neumann, Mittelstr. 1.

W. G. Neumann, Friedrichstr. 1.

Preis 50 Pfennig. 2. B. 20 Pfennig. 3. B. 10 Pfennig.

Sie bezeichnen durch die Expedition, Zimmer-11, Anst. 44, Friedrichshagen bei Berlin, Preuss. Prov.

Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage.

Komplette Best 1-5.

Sie bezeichnen durch die Expedition des „Fortschritt“ Volksblatt“, Berlin SW., Zimmerstr. 44.

221

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 27. d. M., nach unerfreulichem Krankheitsverlauf, der Restaurant-Carl Schramm. Die Beerdigung findet heute, Freitag, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Leichenhalle des katholischen Kirchhofs in Prig aus statt. Um rege Theilnahme bitten. Der Vorstand des Arbeiter-Bezirksvereins der Oranienb. Vorstadt und des Wedding.

General-Versammlung der Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter.

Sonabend, den 31. Juli, in Oranienb. Kirchengallen, Kommandantens-Str. 77/79 (unterer Saal).

1. Vortrag des Herrn Dr. Benkenhoff über Feuerbestattung. 2. Vierteljahresabrechnung und Auschluss eines Mitgliedes. 3. Bericht des NB. Diejenigen Mitglieder, welche noch im Rückstande mit ihren Beiträgen sind, werden auf den § 6 des Vereinsstatuts aufmerksam gemacht. [218] Der Vorstand.

Einige geübte Arbeiterinnen auf einfache Winter-Damenmäntel vert. noch die Wäntelfabr. von Welfsch, Oberwasserstr. 18.

Ein Praktikum. tüchtig im Ansetzen, wird verlangt bei 219) Riehnold, Geystraße 6.

Ein Sohn anständiger Eltern, welcher sich bei Klumpner & Meißner, Stallmeisterstr. 26.